

---

Schriftenreihe

Nº 7

Zu den brennenden Fragen  
der Arbeiterbewegung

---

PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

---

# AUSGEWÄHLTE DOKUMENTE DES ZENTRALKOMITEE

1993 und 1997–2000

---

ARBEITERBUND FÜR DEN WIEDERAUFBAU<sub>DER</sub> KPD

---



---

Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD  
Zentralkomitee  
München 2000

Printed in the Federal Republic of Germany  
Druck und Verlag  
Verlag Das Freie Buch GmbH  
Tulbeckstraße 4 · 80339 München

ISBN 3-922431-72-0

<b>Allianz der Völker gegen Deutschland</b> . . . . .	5
<i>Stellungnahme des Exekutivkomitees auf dem Gegengipfel in Brüssel, Dezember 1993</i>	
<b>»Globalisierung« und »Neoliberalismus«</b>	
Der Kapitalismus erlebt keinen neuen Frühling – er stirbt unweigerlich. . . . .	11
<i>Stellungnahme des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD auf dem »Internationalen Arbeitertreffen gegen Neoliberalismus und Globalisierung«, Havanna, Cuba, August 1997</i>	
<b>Zum Eintritt in die letzte Stufe der »Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion« (EWWU) und zur Einführung der »Europäischen Einheitswährung« (Euro)</b> . . . . .	17
<i>Dokument der Plenartagung des ZK, Mai 1998</i>	
<b>Krieg gegen Jugoslawien – oder: Ein deutscher Frieden.</b> . . . . .	29
<i>Erklärung der Plenartagung des ZK, Mai 1999</i>	
<b>Die Chance nutzen, bevor es vielleicht zu spät ist.</b> . . . . .	35
<i>Dokument des Zentralkomitees, veröffentlicht am 10. Juni 1999</i>	
<b>Die Ausplünderung der Werktätigen – oder: Die Staatsverschuldung</b> . . .	41
<i>Dokument der Plenartagung des ZK, August 1999</i>	
<b>Balkankonferenzen und Protektoratserklärungen</b> . . . . .	49
<i>Dokument der Plenartagung des ZK, August 1999</i>	
<b>Nicht begraben sein, möchte ich hier</b> . . . . .	52
<i>Erklärung der Plenartagung des ZK, August 1999</i>	
<b>Eine Bitte an die Völker Europas</b>	
Liegt Troja unterm Kurfürstendamm? . . . . .	53
<i>Dokument der Plenartagung des ZK, August 1999</i>	
<b>Ho Chi Minh, geboren am 18. Mai 1890</b> . . . . .	57
<i>Grußadresse an das ZK der Kommunistischen Partei Vietnams, April 2000</i>	
<b>Militarisierung von Staat und Gesellschaft</b> . . . . .	59
<i>Dokument der Plenartagung des ZK, Juli 2000</i>	

## ALLIANZ DER VÖLKER GEGEN DEUTSCHLAND

*Stellungnahme des Exekutivkomitees auf dem Gegengipfel in Brüssel, Dezember 1993*

»Endlich sind wir wieder in der Familie.«

Der Ausspruch stammt nicht von mir.

»Endlich sind wir wieder in der Familie!« Der Ausspruch stammt vom Oberkommandierenden der westdeutschen Truppen. Er hat es gesagt, als er an der Spitze einer Bande legalisierter, freiwilliger und, nebenbei, gut bezahlter Mörder in Mogadischou angekommen ist, um sich, ganz im Familienkreis, zu engagieren im Krieg gegen das somalische Volk, in einem Krieg, den die imperialistische Konkurrenz untereinander führt um herauszufinden, wer von ihnen der Stärkere ist.

Da sind sie also wieder im Kreis der Familie – die deutschen Generale, die Monopolherren, das große Geld, die Panzer – und wir? Wo sind wir? Wo steht, nicht unsere Familie, aber wo steht unsere Klasse? Was sind die gemeinsamen internationalistischen Aufgaben unserer Arbeiterklasse gegen die imperialistische »Familie«?

Ich glaube, es ist gar nicht so schwer, diese Aufgaben zu bestimmen. Um präzise zu sein müssen Sie aber dennoch entschuldigen, wenn ich ab jetzt wieder ins Deutsche zurückfalle.

In der Geschichte sieht es nach Tisch oft genug anders aus als vor Tisch. Ein solches Vorher, das ganz anders aussieht als sein Nachher, erleben wir gerade bzw. erlebten wir in den letzten 5 Jahren. Der Imperialismus des Landes, aus dem ich komme, ein Land, in dem die Baumeister von Konzentrationslagern Bundespräsidenten werden können, ist ganz sicher einer der Väter von Maastricht. Aber: das war vor Tisch, das war vorher. Das war – um genau zu sein – vor 1989. Heute hat derselbe deutsche Imperialismus, der es gestern kaum erwarten konnte, Maastricht praktisch zur Makulatur erklärt, er hat sein oberstes Verfassungsgericht

ein Urteil zu Maastricht fällen lassen. Der Inhalt dieses Urteils ist ganz knapp der: Bonn hat die Absicht, sich an internationale Verträge zu halten, solange es damit seine Vorherrschaft in Europa sichert und ausbaut. Wenn internationale Verträge diesem Ziel nicht mehr dienen, dann fühlt sich Bonn daran auch nicht mehr gebunden, es zerreißt diese Verträge.

Was lag zwischen dem Vorher, dem Zeitpunkt, zu dem Bonn Maastricht so eifrig betrieben hat und dem Nachher, dem Heute, dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts? Als Bonn noch nichts dringender wollte als Maastricht, da war die BRD noch die BRD und es war noch nicht einmal die Rede davon, daß der deutsche Imperialismus die DDR bekommen würde. Zwischen dem Maastricht von gestern und dem Maastricht von heute lag 1989, lag die Annexion der DDR. Als nämlich davon die Rede war, und als davon nicht mehr nur ganz allgemein die Rede war, sondern Bonn die DDR ganz unverblümt verlangte, wurde Maastricht zur Hoffnung insbesondere Frankreichs, zur Hoffnung, ein mächtiger gewordenes Großdeutschland »einzubinden«, es mit Hilfe eines internationalen Abstimmungsmechanismus zu bändigen, ihm die Bewegungsfreiheit zu nehmen. In einer Debatte zu den Äußerungen des bayerischen Ministerpräsidenten Stoiber, eines sehr blonden Gegners von Maastricht, sagte der Fraktionschef der Sozialdemokratie, daß »Maastricht der Preis für die Zulassung der deutschen Wiedervereinigung gewesen sei«, daß also die Westmächte der »deutschen Wiedervereinigung« nur zugestimmt haben, weil das neue Großdeutschland gelobt hat, sich verstärkt westeuropäisch einbinden zu lassen.

Aus dieser Sicht, die in erster Linie wohl die Sicht und die Illusion der herrschenden Klassen Englands und Frankreichs war (und ist), ist Maastricht der vielleicht letzte Versuch, eine »Nachkriegsordnung« aufrechtzuerhalten, für deren Durchsetzung eine ganze Reihe von sehr unterschiedlichen internationalen Organisationen gegründet worden war:

- wie die UNO, gegründet, um die Gefahr eines neuen Weltkriegs ausgehend vom deutschen und japanischen Imperialismus zu verhindern;
- wie die Montanunion, die EWG oder schließlich sogar die NATO, die bekanntlich mit dem Ziel gegründet worden ist »to keep the Russians out and the Germans down«.

Bonn wollte Maastricht – jedenfalls vor der Annexion der DDR –, weil es mit Maastricht seine Vorherrschaft in Westeuropa sichern, legalisieren und offiziell machen wollte.

Wenn Bonn die DDR annectieren wollte, dann mußte es einen anständigen Preis dafür zahlen, sowas leuchtet in Finanzkreisen schnell ein. Der Preis für die Annexion der DDR war Maastricht. Der Preis war die Einbindung in einen internationalen Abstimmungsmechanismus, in dem die Bundesrepublik nur noch eine Stimme unter vielen haben sollte, notfalls auch mit Mehrheit überstimmt werden sollte.

Für den Preis von Maastricht bekam der Nachfolge-Staat von Hitlerdeutschland (die Rechtsprechung ist stolz auf diese Kontinuität) von den ehemaligen Siegermächten Frankreich und England sein zweites Münchener Abkommen, die Zustimmung zur Vernichtung eines ganzen europäischen Staates: der DDR.

Jetzt, wo die BRD sich die DDR annectiert hat, jetzt also sind wir nach Tische, jetzt ist Nachher, und jetzt besinnt man sich auf die bewährte deutsche Haltung: Was gebe ich auf mein Geschwätz von gestern!

Jetzt ist die Geschäftsgrundlage zwischen Frankreich und England und den anderen europäischen Ländern für Großdeutschland plötzlich eine ganz andere geworden. Und jetzt also erklärt Großdeutschland durch den Mund seines obersten Gerichtes wörtlich:

»Deutschland ist einer der *Herren der Verträge* (von Maastricht).«

Und deswegen kann die Sache mit den Mehrheitsentscheidungen, die – wie in den Maastrichter Verträgen vorgesehen – Großdeutschland binden würden, überhaupt nie ernst gemeint gewesen sein – wörtlich erklärt das Verfassungsgericht:

Das Prinzip der Mehrheitsentscheidung könne nur bedeuten, nicht etwa daß bindende Entscheidungen mit Mehrheit gefällt werden, sondern daß im Rahmen »verbleibender Einschätzungs-, Bewertungs- und Prognosespielräume Meinungsverschiedenheiten mehrheitlich ausgeräumt werden können«. Anders gesagt: man kann schon mal über eine Prognose (vielleicht die Wetterprognose) oder über eine Meinungsverschiedenheit abstimmen, ansonsten aber wird nicht abgestimmt. Und falls doch, und falls dabei das nationale Interesse Großdeutschlands zu kurz käme, hat das Bundesverfassungsgericht festgelegt, daß solche Beschlüsse »für Deutschland keine Bindungswirkung entfalten«. Mit anderen Worten:

Großdeutschland läßt ausrichten: Es wird sich mit Eueren Verträgen von Maastricht den Arsch abwischen.

(Ich glaube nicht, daß es zu weit hergeholt ist, dieses Verhalten mit der Aufkündigung des Abstimmungsmechanismus zu vergleichen, dem der deutsche Imperialismus nach dem 1. Weltkrieg soviel an Wiederherstellung seiner Macht zu verdanken hatte, dem Völkerbund. Bekanntlich war der deutsche Imperialismus sehr froh gewesen, mit Stresemann in den Völkerbund aufgenommen zu werden, und bekanntlich trat er dann mit Hitler wieder aus dem Völkerbund aus und zerriß alle ihn möglicherweise noch bindenden und hemmenden internationalen Verträge und Abmachungen.)

Die westeuropäischen Völker werden Maastricht nicht zu Fall bringen – ganz einfach deswegen, weil es schon zu Fall gebracht worden ist; ganz einfach deswegen, weil einer der Väter des Vertrages von Maastricht, weil Bonn erklärt hat (oder über das Bundesverfassungsgericht hat erklären lassen), daß Maastricht gestorben ist und sterben durfte, weil man es in Bonn nun nicht mehr braucht. Damit hat der deutsche Imperialismus zugleich auch klargemacht, daß der Vertrag von Maastricht kein Mittel ist, ihn an die Kandare zu nehmen.

Die Völker Europas müssen das erkennen. Ihre Regierungen sehen durchaus einen Handlungsbedarf gegen ein Deutschland, das gar nicht neu und so herausfordernd und arrogant und aggressiv ist, wie es immer war, wenn es sich das hat leisten können. Das ist einer der Hauptgründe dafür, daß sie Maastricht wollen. Die Völker Europas werden erfahren, daß ihre Herren in Maastricht nichts gegen Bonn gewonnen haben, daß sie sich in Wirklichkeit gerade mit Maastricht an den deutschen Imperialismus ausgeliefert haben – weil der die DDR kassiert hat, aber den Preis dafür, sich mit Hilfe von Maastricht binden und zufriedenstellen zu lassen, hat er nicht gezahlt. Die Völker Europas müssen erkennen, in welcher akuter Gefahr wir uns befinden. Diese Gefahr hat einen Namen und eine Adresse. Diese Gefahr heißt: Großdeutschland.

Wir sind Vaterlandsverräter. Wir wollen, daß die Völker die Gefahr erkennen, die von unserem Land für sie und für uns ausgeht. Wir sagen Euch: Schaut euch an, wie unsere Herren die DDR zugerichtet haben – ohne einen Schuß, ohne einen Tropfen Blut, ganz und gar friedlich ist ein Staat samt allem, was seine arbeitenden Menschen dort erreicht haben,

zerstört worden, und noch immer ist die letzte Stufe der Demütigung nicht erreicht.

Schaut Euch an, was sie in Polen, in Ungarn anzetteln, wie sie dafür gesorgt haben, daß die CSSR zerrissen wurde.

Schaut Euch an, was sie in Jugoslawien anrichten, wie sie nach der Ukraine schielen.

Erinnert Euch, wie Euere Väter und Mütter Deutsch lernen mußten, zweimal in ihrem Leben unter den Stiefeln der deutschen Besatzer, und die eigene Bourgeoisie war zu schwach, um den deutschen Eroberern die Einhaltung internationaler Verträge etwa über die Neutralität Belgiens abzutrotzen.

Erinnert Euch daran – was ist denn heute anders, was für eine verrückte Hoffnung kann es denn geben, daß dieselben Herren, dieselben Kräfte heute anders handeln würden?

Die Völker Westeuropas werden einen Kampf gegen ihre eigenen Regierungen führen müssen mit dem Ziel, daß an Stelle Maastrichts eine Allianz Frankreichs, Englands, Belgiens gegen dieses aggressive Großdeutschland tritt, eine Allianz aller westeuropäischen Staaten und allerer, in denen es ein Lidice, ein Auschwitz, ein Oradour, ein Guernica gegeben hat und nie wieder geben darf. Schmeißt dieses Großdeutschland raus aus Maastricht, schließlich hat es ja selber soeben erklärt, daß Maastricht für alle anderen gelten mag, nur nicht für Großdeutschland selber. Macht es unmöglich, daß Euere Herren, Euere Regierungen ein Münchner Abkommen nach dem anderen mit der Bundesrepublik abschließen.

Ein einfaches NEIN zu Maastricht ist nationalistisch. Ein JA zu Maastricht löst kein einziges Problem – es ist ja genau der Standpunkt der Bourgeoisie. An die Stelle von Maastricht muß eine Allianz gegen Großdeutschland gestellt werden – nur das ist internationalistisch, nur das unterscheidet unsere Haltung vom NEIN zu Maastricht, wie es die Faschisten formulieren.

Wir wissen es und Ihr wißt es, daß die englische, die französische, die belgische Bourgeoisie heute nicht mutiger ist als 1938. Sie war damals zu feige, dem deutschen Aggressor auf die Finger zu hauen, solange es noch Zeit dafür gewesen wäre. Und genauso wenig sieht das Bürgertum heute einen Anlaß – schließlich, sagt man, es herrscht doch Friede! – eine wirklich wirkungsvolle Allianz gegen Großdeutschland einzugehen.

Eine Allianz gegen die BRD, gegen ein Vaterland, das nie das unsere war, das ist es, was wir in unser aller Interesse vorzuschlagen haben.

Ein Nein der Völker zu Maastricht, ein Nein vor allem der Völker Frankreichs, Englands, aber auch Belgiens, bekommt überhaupt erst dann einen Sinn, wenn Maastricht durch etwas anderes ersetzt wird, wenn es ersetzt wird durch eine Allianz gegen Großdeutschland, die diese Regierungen mehr zu fürchten haben als sie sich gegenwärtig vor Bonn fürchten, eine Allianz, die deshalb auch nur gegen den erbitterten Widerstand der europäischen Regierungen und Herrscher entstehen wird. Eine europäische Allianz der Völker, eine Volksfront gegen Großdeutschland, das England, Frankreich, Belgien und alle anderen immer weiter an den Rand des Krieges zerrt, den die Überlebenden als den 3. Weltkrieg bezeichnen werden – das ist es, was uns verbindet. Nur das macht uns in den verschiedenen Ländern zu einer Antwort gegen Maastricht fähig, das ist es, woran jedenfalls wir nach unseren Kräften arbeiten wollen. Ich stehe nicht hier um zu sagen, daß sich der letzte Weltkrieg wiederholen wird. Ich bin weder Prophet noch bin ich Fatalist. Was ich aber sagen kann, weil es jeder von uns sehen kann, das ist: Die Irrtümer, die es vor dem letzten Weltkrieg gab, wiederholen sich. Die Fehler, die damals gemacht wurden, werden heute wieder gemacht. Wer das sagt, ist kein Fatalist, sondern spricht von dem, was ist – und damit auch dem, was anders und besser gemacht werden kann.

Um das zu sagen, nicht um Euch zu etwas zu bewegen, was nur Eure Sache sein kann, bin ich hierhergekommen.

*Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD  
– Exekutivkomitee –*

---

»GLOBALISIERUNG« UND »NEOLIBERALISMUS«  
DER KAPITALISMUS ERLEBT KEINEN NEUEN FRÜHLING –  
ER STIRBT UNWEIGERLICH

*Stellungnahme des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD  
auf dem »Internationalen Arbeitertreffen gegen Neoliberalismus und Globalisierung«  
Havanna, Cuba, August 1997*

Liebe Kollegen, Freunde, Genossen,

der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD grüßt Eueren Kongreß, der so überaus notwendig ist. Die Arbeiter, die Werktätigen der ganzen Welt, die unterdrückten Völker, sie können und müssen sich beraten, sich zusammenschließen gegen die Handvoll Monopolisten und Imperialisten, die zum Fluch für den ganzen Erdball geworden sind und deren Freiheit für uns nichts als Unfreiheit, Knechtung und Unterdrückung bedeutet.

I.

Unter der wehenden Fahne von »Neoliberalismus« und »Globalisierung« wollen die paar Dutzend Milliardäre, denen über die Hälfte der Weltreichtümer gehören, das knappe Hundert der Konzerne, denen ein Drittel der Produktionsmittel dieser Erde gehören, zu neuen Siegen aufgebrochen sein.

Liberalismus – ihre grenzenlose Freiheit: Triumph des Marktes über den Plan, »Rückzug des Staates aus der Wirtschaft« und Privatisierung, völlige Freiheit der Bewegung von Kapital und Arbeitskraft, Sieg der Marktkonkurrenz über die Gewalt, der Freiheit über Protektionismus und Restriktion?

Wie das aussieht, das hat unser Hauptfeind, der deutsche Imperialismus, vorexerziert. Er annektierte ein Land, die Deutsche Demokratische Republik, dessen Volk sich die Freiheit genommen hatte, aus der Herrschaft der deutschen Monopole und ihres Staates auszubrechen. Die Frei-

heit, die er brachte, war, wie die deutschen Imperialisten es selber nannten, die »größte Privatisierungsaktion der Geschichte«, und sie war der blanke, gewalttätige Raub. Diese »Privatisierungsaktion« wurde durchgeführt, indem die deutschen Monopole ihren Staatsapparat zur Gewalt benutzten, sich dadurch die Reichtümer der Werktätigen der DDR aneigneten, ihre Kollektive zum Nutzen der deutschen Großbanken neuer Zinsknechtschaft unterwarfen, Millionen von Werktätigen außer Kurs setzten und auf die Straße warfen, drei Viertel der Industriekapazität der DDR in wenigen Jahren vernichteten und so dem Volk die materiellen Grundlagen seiner Freiheit entrissen. Das war ihr Liberalismus, war ihre Freiheit in Aktion. So wurde und wird sie noch jeden Tag gegen die Völker Osteuropas begangen, deren Lebensgrundlagen keineswegs in »freiem Wettbewerb« niederkonkurriert, sondern deren Ökonomien unter Einsatz politischer und militärischer Gewalt vom einfachen Akt der Piraterie über Hungerembargos bis hin zur Zerschlagung ihrer Staaten zerstört werden.

»Der Markt ist der große Regulator, der Markt wird's richten«, behaupten die Vertreter der aus der freien Konkurrenz herausgewachsenen Monopole. »Der Markt« mag ja eine große Sache gewesen sein, als sich die Pfahlbürger und kleinen Zunfthandwerker des Mittelalters aus dem Mist zu nationalen Kapitalisten herausarbeiteten. Am Ende dieser Epoche werden sich die Völker nicht mehr mit diesem kleinkarierten Mittelchen abspeisen lassen, und die großen Kapitalisten glauben selber nicht mehr dran und ersetzen den Markt durch die Gewalt.

Mehr Freiheit, mehr Markt und weniger Staat? Immer größere Monopole, Konzerne und Trusts kämpfen um die Aufteilung und Neuaufteilung der Welt. Ihre Konkurrenz ist weltweit – ihre Machtmittel sind es nicht. Die Entwicklung der Produktivkräfte im Imperialismus hat die Grenzen des Nationalstaats gesprengt. Die Konzentration und Zentralisation des Kapitals hat solche Ausmaße erreicht, daß die größten der Monopole stark genug sind, auch jene gesellschaftlichen Sektoren ihrer privaten Profitmaximierung zu unterwerfen, die bis dahin ihr geschäftsführender Ausschuß für sie alle verwaltete: die Massenverkehrsmittel, die Telekommunikation, die Post. Das bringt den Staat nicht zum Verschwinden. Es reduziert ihn mehr und mehr auf das, was er seinem Wesen nach ist: Gewaltenapparat der herrschenden Klasse, nach innen und nach außen. Der bürgerliche Nationalstaat ist jener Träger politischer und militärischer Gewalt, auf den

die privaten Produktionsmittelbesitzer in ihrem weltweiten Kampf immer wieder zurückgreifen, um eben diese politische und militärische Macht ihrer Konkurrenten zu vernichten. Daraus wird der Krieg geboren. Er wird vorbereitet in der Herstellung von regionalen Machtblöcken imperialistischer Staaten, um deren Führung bereits der heftigste Kampf unter ihnen entbrennt. So heißt die »neue Freiheit« in Europa: Der reichste und mächtigste Imperialismus, der deutsche, greift die Souveränität nicht nur der kleinen Völker, sondern selbst der kleinen und mittleren Imperialisten in Europa an und zerschlägt sie. Das ist der »Neoliberalismus«, wie ihn z.B. der deutsche Imperialismus praktiziert. Das hat schon einmal dazu geführt, daß Europa »geeint« wurde: mit der äußersten Gewalt und unter dem Stiefel der Nazis. (Es ist kein Zufall, daß nach der Niederlage des deutschen Imperialismus im letzten Weltkrieg sich ein großer Teil der alten Faschisten in einer Partei organisierte, die mit dem Etikett des Liberalismus hausieren ging.)

Im imperialistischen Kampf darum und dagegen, im Kampf um die Herstellung solcher imperialistischer Machtblöcke wie zwischen diesen Machtblöcken, herrscht eben nicht Freiheit, Gleichheit, Konkurrenz und freier Fluß von Kapital und Arbeit. Da herrscht Abschottung und Protektionismus. Im Ergebnis kennen nach Angaben der OECD nur vier kapitalistische Länder – und es sind nicht die größten – am Ende dieses Jahrzehnts weniger Protektionismus, Abschottung und Staatseingriffe in die Außenwirtschaft als an seinem Beginn.

Von der »freien Bewegung« der Arbeitskraft wollen wir gar nicht sprechen. Anfang dieses Jahrhunderts gab es weniger Hemmnisse für Arbeiter, ihr Land zu verlassen und die Arbeitskraft jenseits der Grenze zu verkaufen als am Ende dieses Jahrhunderts. Die freie Bewegung von Millionen Menschen kennt der Imperialismus nur in der Form der Flüchtlingsströme tatsächlich von allen Existenzmitteln freigesetzter Menschen.

## II.

Am Ende ihrer geschichtlichen Existenz wendet sich die Bourgeoisie gegen ihr eigenes Lebenswerk. Nachdem sie den Weltmarkt hergestellt hat, zerschlägt sie ihn wieder. Sie verkümmert ihn zu Regionalmärkten in der imperialistischen Konkurrenz der großen Macht- und Wirtschaftsblöcke.

(Ein immer größerer Teil des Welthandels ist Handel *innerhalb* dieser großen Blöcke.) Ein immer größerer Teil der Weltbevölkerung wird ausgegrenzt: Der Anteil Lateinamerikas und Afrikas am Welthandel war Anfang dieses Jahrhunderts größer als heute. Ein Drittel der ihrer Produktionsweise Unterworfenen kann diese Bourgeoisie nicht einmal mehr ausbeuten: Die Erwerbslosen allein der 24 OECD-Länder ergäben aneinandergereiht eine Menschenkette, die einmal um die Erde reicht – auch eine »Globalisierung«! Was so zur weltweiten Erscheinung geworden ist, ist dies: Die Bourgeoisie kann ihren Sklaven nicht einmal mehr die Existenz innerhalb der Sklaverei sichern. Was zur weltweiten Tatsache geworden ist, ist die Überflüssigkeit und der Bankrott der Bourgeoisie, die Fäulnis ihrer Produktions- und Austauschweise.

Vor diesem Hintergrund stürmen die großen Monopole auf der Jagd nach Maximalprofit und im Kampf gegen den Fall der Profitrate um die Welt. Sie versuchen, Arbeiter aller Herren Länder auszubeuten, sich die noch funktionierende Ausbeutung streitig zu machen und sich dazu in vielen Ländern einzunisten. (Ein Indiz dafür ist, daß inzwischen ein Drittel des Welthandels aus konzerninternen Güterströmen besteht.) Was sich in den großen »transnationalen« Konzernen bestätigt, ist die Dominanz des Kapitalexports über den Warenexport im Stadium des Imperialismus. Erstaunlich ist allenfalls, wie erbärmlich und wenig wirkungsvoll die selbst den größten Monopolen zur Verfügung stehenden Mittel sind. Wie wenig der Kapitalexport in der Lage ist, Länder von der Größenordnung etwa der ehemaligen Sowjetunion den Bedingungen kapitalistischer Ausbeutung zu unterwerfen. Erstaunlich ist allenfalls, wie wenig weltweit dieser Kapitalexport ist: zum einen erfaßt er recht wenige Produktionszweige (Chemie, Elektro, Automobile); zum anderen verbleibt er zu einem immer größeren Teil innerhalb der Zentren der imperialistischen Machtblöcke, die sich gegeneinander zunehmend abschirmen. Das Ende vom Lied ist die immer zunehmende Konzentration des kapitalistischen Reichtums auf einige wenige Regionen der Welt.

Die Handvoll Monopolisten auf der Welt wird immer reicher, und ein immer größerer Teil ihres Reichtums besteht aus Geld. Aber sie sind wie der sagenhafte König Midas, dem alles, was er anfaßte, zu Gold wurde: er verhungerte. Was in den Billionen von Dollars zum Vorschein kommt, über die diese »Genies der Finanzmachenschaften« (Lenin) verfügen, ist

die Verfügung über gesellschaftliche Arbeitszeit, mit der die kapitalistische Produktionsweise nichts mehr anzufangen weiß. Sie wirft sie in die Spekulation, auf das Feld der finanziellen Erpressung, der Strangulierung ganzer Völker durch das Leihkapital und seine Institutionen. Sie bemächtigt sich vermittels der Staatsschuld der vergangenen wie der zukünftigen Arbeit der Werktätigen. Und das geht, bis die ganze Blase platzt, sie im Graben des jeweils nächsten Krachs landen und die Arbeit von Millionen und Abermillionen wieder einmal vernichtet ist.

### III.

Was unter unseren Augen vor sich geht, ist keine neue Jugendblüte des Kapitalismus. Es ist sein Totenkampf, seine Fäulnis. Wie die Marktschreier ihrer Werbung erfinden die Kapitalisten dafür immer wieder neue, schöne Wörter: »Neoliberalismus« ist eines davon, und »Globalisierung« ist ein anderes. Wir nennen, was ist, mit dem Begriff, den die Bourgeoisie selbst am Ende des vergangenen Jahrhunderts in einem Anfall von Wahrheitsliebe geprägt hat: Imperialismus. Und wir ergänzen ihn mit dem, was der historische Materialismus darin gefunden hat: Es ist sterbender, in Fäulnis übergegangener Kapitalismus.

Die Antwort der Arbeiter und der Völker der Welt kann und wird nicht die sein, die ihre Herren gerne hören möchten, der Nationalismus, das Bündnis mit den eigenen Herren. Der imperialistische Kosmopolitismus (und um nichts anderes in neuem, schäbigem Gewand handelt es sich bei dem, was als Globalisierung angepriesen wird) hieß immer: Gewalt, Herrschaft, Unterdrückung und Reaktion. Die Antwort kann und wird der Internationalismus sein. Arbeiter aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch! Das wird die Antwort sein. Deswegen begrüßen wir diesen internationalen Kongreß und wünschen ihm den größten Erfolg.

Wie die Antwort der Völker Europas die Allianz der Völker gegen den aggressivsten europäischen Imperialismus, den deutschen sein wird, die Allianz der Völker gegen Deutschland, so wird die Antwort der lateinamerikanischen Völker der Kampf gegen den US-Imperialismus sein. Die Völker werden dazu ihre eigenen Herren bekämpfen und besiegen müssen. Sie können und werden diesen Kampf gewinnen. Denn ihr Feind selbst hat diesen Sieg vorbereitet. Wo die Reichtümer der Welt in den Händen so

Weniger konzentriert sind; wo die staatlichen Ausschüsse der Kapitalisten (wie das japanische MITI) Produktionspläne für ganze Kontinente ausarbeiten, da ist der Boden längst bereitet für Ökonomie und Herrschaft der Werktätigen der Welt, für die sozialistische Weltrepublik.

*Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD  
Ausschuß des ZK  
für Internationale Beziehungen*

---

ZUM EINTRITT IN DIE LETZTE STUFE DER  
»EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION«  
(EWWU) UND ZUR EINFÜHRUNG DER  
»EUROPÄISCHEN EINHEITSWÄHRUNG« (EURO)

*Dokument der Plenartagung des ZK, Mai 1998*

Bei der Untersuchung von WWU und Euro, bei der Untersuchung ihrer Auswirkungen auf das Leben und die Zukunft der Werktätigen und der Völker Europas und der Welt muß streng unterschieden werden zwischen dem, was der Euro vorgibt zu sein und dem, was er in der Tat ist.

Es wird vorgegeben, der Euro sei eine ökonomische Antwort auf neueste ökonomische Entwicklungen des Kapitalismus und der kapitalistischen Weltwirtschaft.

Was der Euro tatsächlich ist und als was er untersucht und behandelt werden muß ist: eine *politische* Reaktion auf die Fäulnis des Imperialismus. Er ist der Versuch, die tiefen Widersprüche des sterbenden Kapitalismus auf der Ebene des Geldes und der Zirkulation zu beheben, ihren Ausbruch im imperialistischen Krieg hinauszuschieben bzw. zunächst einmal ohne Krieg zu erreichen, was letztlich nur im Krieg erreicht werden kann. Euro und EWWU sind somit Formen zeitweiliger, von tiefen Widersprüchen getränkter imperialistischer Abkommen, die ihrerseits den Keim ihrer Zerstörung und Sprengung schon wieder in sich tragen.

»Die Währungsunion ist ein historisch einzigartiges Projekt«, behauptet der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank in seiner »Stellungnahme zur Konvergenzlage in der Europäischen Union« vom 26.3.1998.

In einzelnen Erscheinungsformen trifft das durchaus zu: Euro und EWWU sind der bisher weitestgehende Versuch des europäischen Finanzkapitals, nationalstaatsübergreifende Regelungen für den Verkehr von Waren und Kapital und auf dem Gebiet der Währungen zu treffen. Der Euro ist der erste Anlauf, übernationales, tatsächlich zirkulierendes Geld zu

kreieren, das nicht Kreditgeld eines einzelnen Staates ist und auch nicht gemünztes oder verbrieftes Weltgeld – Gold.

Vom Wesen her stimmt die Behauptung eines »historisch einzigartigen Projekts« allerdings nicht.

Vom Wesen her handelt es sich bei EWWU und Euro um einen weiteren Versuch von Teilen des internationalen Finanzkapitals, unter Zuhilfenahme imperialistischer Nationalstaaten mit der Fäulnis des Kapitalismus wenigstens zeitweilig und bedingt fertigzuwerden. EWWU und das Projekt Euro reihen sich ein in die imperialistischen Versuche, die Zerstörung der kapitalistischen Ökonomie durch den Gang der imperialistischen Ökonomie selbst hinauszuschieben, sie abzuwälzen auf die Völker, die nichtmonopolisierten Bourgeoisien und die Imperialisten anderer Länder und Kontinente. Der Inhalt aller dieser Versuche war und ist, und zwar in zunehmendem Maße: die Zerstörung, die Vernichtung geleisteter gesellschaftlicher Arbeit im Interesse des Fortgangs der kapitalistischen Reproduktion für die größten und mächtigsten Kapitalgruppen.

EWWU und Euro haben zur Mutter die sich zuspitzenden imperialistischen Widersprüche. Als Väter firmieren: die Europapläne des deutschen Kapitals und sein Bestreben, sich an die Spitze dieser zeitweiligen Überwindung der Widersprüche zu setzen und ihr Hauptnutznießer zu sein; die Versuche der anderen Imperialisten Europas, es durch Verträge und Vereinbarungen daran zu hindern; die Versuche der kleineren kapitalistischen Mächte des Kontinents, in Kollaboration, Anpassung und Unterwerfung wenigstens Schauplatz des Verwertungsprozesses des Finanzkapitals zu bleiben.

*»Die wahre Schranke der kapitalistischen Produktion ist das Kapital selbst ... Wenn daher die kapitalistische Produktionsweise ein historisches Mittel ist, um die materielle Produktivkraft zu entwickeln und den ihr entsprechenden Weltmarkt zu schaffen, ist sie zugleich der beständige Widerspruch zwischen dieser ihrer historischen Aufgabe und den ihr entsprechenden gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen.«* (Karl Marx, Das Kapital, Bd. 3, MEW 25, S. 260) Seit der Kapitalismus in sein letztes Stadium eingetreten ist, seit also die Welt aufgeteilt ist unter die imperialistischen Monopolgruppen und Mächte, kann dieser Widerspruch nicht mehr dadurch gelöst

werden, daß immer neue Teile der Welt kapitalistischer Ausbeutung unterworfen werden. (Daß der *späte* Imperialismus nicht einmal mehr die Tatsache nutzen kann, daß sein historischer Gegner in vielen Ländern der Erde eine vorläufige Niederlage erlitten hat, zeigt lediglich, wie weit die allgemeine Krise des Kapitalismus bereits gediehen ist, wovon noch zu sprechen sein wird.) Er kann jeweils zeitweilig gelöst werden. Dazu muß kapitalistischer Reichtum immer wieder vernichtet werden, wozu die »normalen« zyklischen Wirtschaftskrisen längst nicht mehr ausreichen. Nicht ausgereicht hat die gewaltige Vernichtung gesellschaftlichen Reichtums in den ehemals sozialistischen Ländern Ost- und Südosteuropas und in der ehemaligen Sowjetunion. Es reicht nicht aus die derzeit stattfindende Vernichtung solchen Reichtums in weiten Teilen Asiens. Immer drängender steht die tiefgreifendste Krise des Imperialismus, der Krieg, vor der imperialistischen Gesellschaft. Alle politisch-ökonomischen Abkommen und Bündnisse der Imperialisten sind Versuche, diese Vernichtung zu steuern bzw. von sich abzulenken. Sie sind, und können nur sein, zeitweilige Vereinbarungen der Dominanz, der Unterordnung, der Durchsetzung oder des zähneknirschenden Zurückstellens eigener Interessen, bis sich die ökonomische und politische Macht wieder geändert hat. Die Schranke meiner Kapitalverwertung ist das Kapital des anderen – so stellt sich der von Marx festgestellte Widerspruch für sie dar.

Die deutsch-britischen Vereinbarungen über die Aufteilung der Kolonien und des Nahen und Mittleren Ostens vor 1914, die imperialistischen Blockbildungen zwischen den beiden imperialistischen Weltkriegen, Einrichtung wie Zerbrechen eines auf US-amerikanischer Vorherrschaft basierenden Wirtschafts- und Währungssystems nach 1944, die Errichtung des »Europäischen Währungssystems« (EWS) 1979 wie sein Scheitern u.a. an der Annexion der DDR durch den Bonner Staat 1992/93 – das alles sind Beweise, daß es den Imperialisten mit solchen Bündnissen und Abkommen geht wie Ödipus: selbst wo sie sich anstrengen, ihr Schicksal Lügen zu strafen, führen sie es umso unvermeidlicher herbei.

Es liegt am Imperialismus selbst, daß zunehmend solche Abkommen, Bündnisse und Vereinbarungen über die Regelung des *Warenverkehrs* auf dem Weltmarkt hinausgehen und auf die Regelung der Geld- und der Währungsbeziehungen ausgedehnt werden müssen. Das liegt an der Dominanz

des Kapital- über den Warenexport; an der Entwicklung der Produktivkräfte und den damit verbundenen Schwierigkeiten, diese Produktivkräfte in die engen Schranken kapitalistischer Verwertung von Wert zu pressen; am Anwachsen der als Leihkapital fungierenden Profitteile.

Was darin letzten Endes zum Ausdruck kommt, ist die Nähe zum Kommunismus. Die Entwicklung der Produktivkräfte hat den »*Diebstahl an fremder Arbeitszeit, worauf der jetzige Reichtum beruht*« (Karl Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, S. 593) zu einem Maß getrieben, worin die auf dem Tauschwert beruhende Produktion zusammenzuberechnen droht und in der Tat auch immer wieder partiell zusammenbricht. Freilich geschieht dies, solange Privateigentum an den Produktionsmitteln besteht, in der kapitalistischen Form der Verwüstung und Vernichtung.

Die gestohlene fremde Arbeitszeit kann die Form des Werts, der sich selbst verwerten muß, nicht sprengen. Immer mehr nimmt sie seine »reinste Form« an:  $G - G'$ , also Leihkapital. Sie bleibt in dieser Geldform, wird für ihren Besitzer und mehr und mehr auch für ihren Anwender Hebel nicht zu neuer Produktion, zur Akkumulation von Produktivkapital, sondern zur Aneignung von Surplus aus der relativ immer weniger werdenden lebendigen Arbeit. Mehr noch: ein wachsender Teil davon verwandelt sich (hauptsächlich über die Staatsschuld *aller* kapitalistischen Staaten) in fiktives Kapital. Dementsprechend auch die Verwandlung von Form und Rolle des Geldes: Zunehmend handelt es sich um Kreditgeld, gestützt nicht auf wirkliche Warenbeziehungen, und seit dem 1. imperialistischen Weltkrieg auch nicht mehr auf das Weltgeld, das Gold, sondern auf eben diese seine Fähigkeit: Hebel zu sein zur Erlangung eines Anteils am ausgepreßten Mehrwert.

Letztlich findet Ökonomie aber nicht statt im Reiche der Luftbuchungen, der »Swaps« und »Futures«, der Aktien und der Staatspapiere. Alle Ökonomie reduziert sich auf Ökonomie der Zeit, basierend auf dem jeweils gegebenen und sich weiterentwickelnden Stand der Beherrschung der Natur durch den Menschen; Verteilung der Zeit der Gesellschaft zunächst auf Arbeitszeit und Nichtarbeitszeit, dann die Verteilung der Arbeitszeit zum Fristen des höchst materiellen Lebens der Gesellschaft, wie immer sie organisiert sei. Und da gilt nach wie vor: »*Der letzte Grund aller*

wirklichen Krisen bleibt immer die Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde.« (Karl Marx, Kapital Bd. 3, MEW 25, S. 501) Von diesen wirklichen Krisen werden alle Beziehungen der kapitalistischen Produktion und Reproduktion erfaßt: Die Produktion, die Geld- und Kreditbeziehungen, die Währungsbeziehungen. Dem Kredit, der in der kapitalistischen Produktionsweise die »treibende Kraft zu ihrer höchst- und letztmöglichen Form« ist (Karl Marx, Kapital Bd. 3, MEW 25, S. 621) werden im späten Imperialismus nicht mehr »nur« die Produktionsmittel einzelner Kapitalisten und die Arbeitskraft einiger Hunderttausender oder auch Millionen Arbeiter geopfert; es werden ihm die Produktionsmittel und das Leben der Bevölkerung ganzer Kontinente geopfert. (Siehe Lateinamerika in den 80er Jahren, der »verlorene Dekade des Kontinents«; siehe die jüngste Krise, ausgehend von Südostasien; siehe aber auch das Schicksal ehemals sozialistischer Länder, die durch den Verrat an der Diktatur des Proletariats diesem Kredit preisgegeben wurden.)

So werden die Krisen immer verheerender. In der Zuspitzung der Allgemeinen Krise des Kapitalismus werden auf der einen Seite »überschüssige Profite«, auf der anderen »überschüssige Menschen« produziert, und es ist eine kindliche Vorstellung, man brauche nur Bedingungen oder Regelungen zu finden, um beides zusammenzubringen, und alles stehe wieder zum besten in dieser besten aller Welten.

Es kommt zum Ausdruck, daß die modernen Produktivkräfte soviel an Reichtum zu produzieren imstande sind, daß sie jeder anderen Leitung als der durch die Gesellschaft selbst entwachsen sind. Es besteht Möglichkeit wie Notwendigkeit, nicht mehr mit den jämmerlichen Mitteln von Geld und Markt (an deren Grenzen die Monopole selbst ja schon dauernd pochen: siehe den Fakt, daß 1/3 des »Welthandels« aus konzerninternen Güterströmen besteht), sondern mit dem weltweiten Plan der Assoziation der unmittelbaren Produzenten Leben und Arbeiten der Menschheit zu ordnen und zu führen.

Das ist, was in der Welt des faulenden Kapitalismus vor sich geht, und nicht etwa vordergründig irgend eine ominöse »Globalisierung« oder gar

eine leichtsinnige »Liberalisierung« der Kapital- und Gütermärkte. Demgegenüber haben Wirtschafts- und Währungsabkommen imperialistischer Mächte zum Inhalt: den Versuch, die aus dieser tiefen, allgemeinen und grundsätzlich unheilbaren Krise resultierenden Zerstörungen, die Vernichtung bereits geleisteter Arbeit nicht zu verhindern (das ist unmöglich), sondern im imperialistischen Sinne zu regulieren, durch Abkommen und Unterwerfung zu kanalisieren, ohne schon zum offenen militärischen Kampf um die Kapitalanlagesphären und Verwertungsbedingungen überzugehen, sie abzuwälzen auf die Konkurrenten bzw. die schwächeren Glieder der imperialistischen Weltökonomie. Ein solcher Versuch ist auch die EWWU. Aus verschiedenen Gründen, vor allem aus Gründen der Entwicklung seit 1945 nimmt ein solches Abkommen Züge der Auseinandersetzung der europäischen Imperialisten mit dem US-Imperialismus an (und hat es tatsächlich auch solche Züge). Es wäre aber falsch, die EWWU auf diesen Aspekt zu beschränken. (In anderen Fragen kapitalistischer Abkommen und Bündnisse – etwa im Kampf um das »Multilateral Agreement on Investment, MAI« – kollaborieren die europäischen Imperialisten mit dem US-Imperialismus bzw. liegen im Kampf untereinander; siehe die Differenzen zwischen dem deutschen und dem französischen Imperialismus darüber.) Die EWWU ist *ein*, wenn auch derzeit wohl das spektakulärste imperialistische Abkommen, und das schließt nicht aus, sondern im Gegenteil gerade ein, daß es ein Kampfboden ist.

Seit den »Römischen Verträgen«, aber in der Entwicklung immer wieder unterbrochen durch die »Jeder ist sich selbst der Nächste«-Phasen kapitalistischer Krisen gibt es Anläufe zu und Installierung von europäischen Abkommen zur Verbesserung und Rettung der kapitalistischen Verwertungsbedingungen. Dieser Prozeß war stets in besonderem Maße geprägt vom Widerspruch zwischen dem deutschen und dem französischen Imperialismus, der sich teils in scharfer Konkurrenz (Scheitern des vom Bauplan her mit der EWWU weitgehend identischen Wernerplans der 70er Jahre), teils in Kollaboration äußerte (gemeinsame Initiative der Regierungen Giscard d'Estaing in Frankreich und Schmidt in der BRD zur Schaffung des »Europäischen Währungssystems« 1979). Auf dem Boden der schon angesprochenen tiefen allgemeinen Krise des Kapitalismus verfol-

gen darin besonders die am meisten monopolisierten Teile des europäischen Finanzkapitals ihre Ziele. Die wichtigsten:

- Es soll ein europäischer Großraum geschaffen werden unter Beseitigung von Hindernissen für die Kapitalverwertung auf einem Kontinent, der auf der einen Seite von den neben den USA und Japan bedeutendsten imperialistischen Mächten bzw. Räubern beherrscht wird, auf der anderen Seite in eine Vielzahl von Nationalstaaten zersplittert ist.

- Es soll in einer Reihe von Regelungen der Tatsache Rechnung getragen werden, daß der Imperialismus ökonomisch durch die größten Konglomerate des monopolistischen Finanzkapitals die Grenzen des Nationalstaats längst gesprengt hat. (Von den 100 größten Wirtschaftssubjekten der Welt sind 51 Konzerne, 49 Nationalstaaten):<sup>1</sup> »Freiheit des Verkehrs von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskraft«.

- Insbesondere sollen – durch die Währungsunion – Hindernisse und Gefahren für die freie Bewegung des Leihkapitals beseitigt werden, wie sie resultieren aus der Existenz verschiedener Währungen und aus der unvermeidlichen Währungsspekulation des Finanzkapitals selbst.

- Es sollen Vorteile daraus entstehen, daß man eine wirkliche Weltwährung emittiert. Vorteile, die kein europäischer Imperialismus (bis auf, mit gewissen Einschränkungen, den deutschen) für sich alleine erringen kann: sich in seiner eigenen Währung zu verschulden und Kredit durch Währungsreserven in der ganzen Welt zu erlangen. Der Kredit nämlich muß den Kredit retten. Immer neuer Kredit muß Verzinsung und Rückzahlung des alten sichern und somit die Rückführung der Verwertung des Werts auf die relativ immer miserablere Grundlage des Diebstahls an fremder Arbeitszeit hinausschieben.

- Es soll aber auch das Risiko begrenzt werden, das in der zunehmenden Verwandlung von Profiten in fiktives Kapital (Staatsschulden) liegt. (Wie Teile Lateinamerikas, Osteuropas und die Südostasien-Krise zeigen, ist die Vernichtung solchen Kapitals im Staatsbankrott nicht mehr auszuschließen.)

Es handelt sich also um den Versuch, die Krankheiten des Kapitalismus, die ihre Wurzeln in der Eigentumsfrage haben, in der ungeheuren

---

<sup>1</sup> Wobei bei den Konzernen der Umsatz, bei den Nationalstaaten das sogenannte Bruttoinlandsprodukt herangezogen wird.

Zuspitzung des Widerspruchs zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, mit – letztlich – untauglichen Mitteln zu kurieren, nämlich durch Maßnahmen in der Zirkulationssphäre, auf dem Gebiet der Währungs- und Handelsbeziehungen. Die Imperialisten sind sich dabei bewußt, daß der Inhalt solcher Einigungen die Zerstörung von Produktivkräften, von überakkumuliertem Kapital und von Kredit durchaus zumindest sein *kann*. Und zum anderen stehen sie in heftiger Konkurrenz darüber, wo diese Zerstörung stattfinden soll und kämpfen um die Kommandohöhen. Herr Nölling, Mitglied des Zentralbankrates der Deutschen Bundesbank, bringt es auf den Punkt und demonstriert zugleich, wie herzlich die »Freundschaft« und »Partnerschaft« unter den imperialistischen Brüderlein ist: *»Betrachten Sie die sozialen Probleme in Frankreich. Die Währungsunion wird zu erschütternden Anpassungsprozessen zwingen... Was erwartet Frankreich also von diesem Spiel mit Deutschland? Die Hand auf den Geldbeutel zu legen? Der Preis, den es dafür zu zahlen haben wird, ist eine hemmungslose Konkurrenz mit der deutschen Industrie-Maschine. ... Wissen Sie, was das für die französische oder italienische Automobilindustrie bedeuten wird? Sie können sie vergessen!«*

Daß es eben im Verfolg der Herstellung der EWWU zu erbitterten Kämpfen kommen mußte und muß, erwies sich spätestens mit der Annexion der DDR durch den deutschen Imperialismus. Statt der »Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion« bekam man ja zunächst eine ganz andere: die *deutsche*, und an den Folgen der Annexion sollte wenig später (1992/93) das Europäische Währungssystem in die Luft fliegen. Nicht nur die letzten Stufen, doch noch den geschilderten Plan zu verwirklichen, wurden in Maastricht betreten, sondern auch eine neue Ebene des Kampfes.

Was sich herausstellte war, daß die Finanzkapitalisten Europas zwar den Nationalstaat sprengen, ihn aber nicht aufheben können, daß sie ihn brauchen im Kampf um die Kapitalverwertung, gegen die Unterdrückten – und vor allem für den Krieg. Dies ist ein Widerspruch, und er zieht sich durch alle Vereinbarungen von Maastricht ff. Einzelne Teile nationalstaatlicher Souveränität sollen aufgehoben (eigene Währung) oder stark eingeschränkt werden (Verfügung über die Staatsschuld), andere wieder-

um, wie der nationalstaatlich organisierte Unterdrückungsapparat, ausgebaut werden.

Was sich in all dem bestätigt ist die Feststellung Lenins: Auch unter *diesen* ökonomischen Bedingungen des Imperialismus sind die Vereinigten Staaten von Europa entweder unmöglich oder reaktionär. Dies gilt umso mehr, je mehr der Imperialismus sterbender Kapitalismus ist, unter den Bedingungen der Verschärfung der imperialistischen Konkurrenz bei Verschärfung *aller* Widersprüche der Allgemeinen Krise des Kapitalismus.

Daß die besonders reaktionäre Variante dabei ein deutsch dominiertes Europa von Barcelona bis Odessa ist, daran wurden die anderen Imperialisten mit der Annexion der DDR erinnert, und so tragen die Vereinbarungen von Maastricht und seit Maastricht in besonderem Maße auch das Signum des Kampfes gegen deutsche Hegemonie. »Maastricht, das ist Versailles ohne Krieg«, war eine französische Position. Und dieser Kampf ist auf allen Ebenen sichtbar, und nicht nur zu Beginn des Prozesses, wo der deutsche Imperialismus seine Vorstellungen einer Verbindung der Wirtschafts- und Währungsunion mit der politischen Union fallenlassen mußte. Der Kampf ist sichtbar in den Auseinandersetzungen um den »Stabilitätspakt«, um die Verwendung von Haushaltsüberschüssen, um den Posten des Chefs der Europäischen Zentralbank (EZB).

In diesen Kämpfen ist die BRD wieder einmal in der Aggressive. Der deutsche ist offenkundig der einzige europäische Imperialismus, der in der Lage ist und auch ein Konzept dafür besitzt, auch diejenigen Teile der EWWU, die die anderen Imperialisten im gemeinsamen Interesse für notwendig und zu verfolgen halten, auf eigene Faust und mit eigenen Mitteln zu verfolgen. Seine eigenen reaktionären Konzepte sind durchaus nicht nur, wie das Schäuble-Papier von 1995 sie anspricht, militärischer und bündnispolitischer Natur. Seine ökonomische Stärke, gestützt auf das »traditionelle Hinterland« (Kohl) Osteuropa erlaubt ihm auch, an einem DM-Block in Europa zu arbeiten, der in seinen Ansätzen (Österreich, Belgien, Niederlande, ein Großteil der osteuropäischen Länder) durchaus steht. Wie der ehemalige französische Premier Giscard d'Estaing in der Nationalversammlung sagte: Im Falle eines Scheiterns der Währungsunion »werden wir nicht nur starke Erschütterungen an den Finanzmärkten erleben, sondern auch etwas für uns sehr Peinliches: Die internationalen Märkte werden

*wahrnehmen, daß es eigentlich bereits eine europäische Währung gibt – die D-Mark.» (FAZ, 17.3.97)*

Könnte der deutsche Imperialismus durchaus nach der Devise handeln: »Es geht auch anders, aber so geht es auch«, so stehen die anderen Imperialisten der Kehrseite viel näher: »Es geht nicht anders, aber so geht es auch nicht.« (Deswegen ist es unseres Erachtens eine ausgesprochen nützliche Position sowohl gegenüber den Kämpfen bei der Errichtung der EWWU und bei der Einführung des Euro als auch gegenüber den zweifellos zu erwartenden Kämpfen um die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen wie um die Auslegung der »Bündnisverträge«: Wir werden Maastricht nicht gegen die anderen Imperialisten verteidigen, sehr wohl aber gegen den deutschen, wenn seine Aggression den Vertrag von Maastricht behandelt, wie das Bundesverfassungsgericht es angedroht hat: wie einen Fetzen Papier. Wenn die anderen Imperialisten Europas die Verträge zerreißten, dürfen wir dem deutschen Imperialismus nicht gestatten, daraus einen Vorwand zum Krieg, zur Bekämpfung der Völker zu machen.)

Es ist nicht an uns vorzusagen, wessen Rechnungen wie aufgehen. Es gibt keine imperialistische ökonomische Lösung der Widersprüche, die Euro und EWWU auf die Tagesordnung gesetzt haben. Der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank hat recht: letzten Endes ist die Frage des Euro und der Wirtschafts- und Währungsunion eine Frage der Politik, nicht der Ökonomie. Für die tiefe Krise des auf dem Privateigentums an den Produktionsmitteln gegründeten Systems gibt es keine Lösung auf der Ebene des Geldes und der Zirkulation. Das heißt, die Wassersucht mit Löschpapier zu behandeln, verschafft den Völkern und den Arbeitern keine Atempause. Eine solche Atempause im Kampf mit dem imperialistischen Krieg kann nur die Destabilisierung der europäischen herrschenden Klassen bringen, die Arbeit an der einzig wirklichen Lösung, der Besitzergreifung der Gesellschaft, der Arbeiterklasse, an den Produktionsmitteln. Es gibt von seiten der Arbeiter kein einfaches Ja oder Nein zu Euro und EWWU. Solange sie keine eigenständige Position, also eine Position der Vorbereitung der Revolution, einnehmen, werden sie in solchen Fragen der Schwanz ihrer Bourgeoisien sein.

Die Frage der Arbeiterhaltung vom Blick auf die Lohntüte, die Sparbüchsen und Sonntagshosen her zu betrachten, ist auch kein guter Rat.

Was hat der Arbeiter denn z.B. an der D-Mark zu verteidigen, diesem Kind der zweimaligen kompletten Vernichtung der Existenzbedingungen der Werktätigen allein in diesem Jahrhundert? Glaubt er im Ernst, die Herrschenden würden die D-Mark im imperialistischen Bedarfsfall nicht ebenso gnadenlos entwerten und inflationieren, wie sie das bereits zur Genüge historisch bewiesen haben? Wer »auf die D-Mark setzt«, ist in der Tat nationalistisch. In der Tat: Unter dem Lohnsystem landet der Arbeiter dabei allzurasch beim »Standort Deutschland«, also beim Nationalismus. Was ist, wenn der deutsche Arbeiter noch einmal kurzfristig profitiert vom Sieg seiner Herren über ihre Konkurrenten – freilich nur solange, bis er in Form des Gestellungsbefehls die Quittung dafür erhält? (Ähnliches gilt übrigens auch für die Arbeiter anderer europäischer Nationen: Die Abschaffung der Währungen im »Großraum Europa« hat durchaus Auswirkungen, die etwa dem spanischen oder portugiesischen Kapitalismus und damit den von ihnen ausgebeuteten Arbeitern ein Auskommen sichern, wenn sie nur die höchstentwickelte Produktion den deutschen Monopolen überlassen und sich mit der Rolle der Zulieferer aus besonders arbeitsintensiver Produktion begnügen.)<sup>2</sup>

Weder an der Seite der Vorkämpfer für die Wirtschafts- und Währungsunion noch an der Seite der D-Mark-Nationalisten (und damit der Vertreter des »Wir können auch anders«) wird der Arbeiter der BRD und der annektierten DDR sein Heil finden. Wir müssen einen Kampf gegen die Vaterlandsverteidigung führen, an die in den kommenden Kämpfen um die EWWU und innerhalb der EWWU mit Sicherheit verstärkt appelliert werden wird. (Und wenn es nur beginnt mit: »Ihre schwächliche Peseta gegen unsere starke Mark«, »ihre kommandierte Banque de France gegen unsere unabhängige Bundesbank«, »ihre Nachgiebigkeit gegen die Arbeiter gegen unseren konsequenten volksgemeinschaftlichen Sparwillen« – enden wird es allemal in der Frage, wer schuld ist, wenn das Unternehmen im Graben des Krachs landet, und wer mit wem gegen wen zur Strafexpedition rüstet.)

---

<sup>2</sup> Ökonomisch bewirkt die Aufhebung der Währungsschwankungen ähnliches wie bestimmte Maßnahmen des Hitlerfaschismus vor 1939, als der einigen südosteuropäischen Ländern landwirtschaftliche Produkte über dem Weltmarktpreis abkaufte, um sie politisch an seine Seite zu bekommen.

Die Kommunisten in der BRD haben nicht auf die zweifellos imperialistischen Beweggründe der Konkurrenten des deutschen Finanzkapitals zu verweisen. Sie haben auch nicht auf die Aussichten für die anderen Imperialisten zu spekulieren, im Verfolg ihrer eigenen wie bestimmter allgemein-imperialistischer Interessen den deutschen Imperialismus an weiterer Expansion zu hindern. All das wäre, mit Lenin gesprochen, eine imperialistische Intrige. Sie haben an der Niederlage des eigenen Imperialismus zu arbeiten und diese Niederlage zu wünschen. Und sie können den Arbeitern und den Völkern Europas raten, für eine Allianz der Völker gegen Deutschland zu kämpfen. (Und die Wahrscheinlichkeit ist wahrlich nicht gering, daß wir diese Aufforderung auch an die Regierungen Europas richten müssen.)

Es ist *nicht* das Geld, das die Welt regiert. Und mit dem »historisch einzigartigen Projekt« des Euro ändert sich weder die Welt noch unser Feind. Und erst recht nicht die Aufgabe: daß das Proletariat die Kapitalistenklasse stürzen, seine Diktatur errichten und damit Produktionsmittel wie die Entwicklung der Produktivkräfte in die einzigen Hände legen muß, die diese Aufgabe noch bewältigen können – in die Hände der gesamten Gesellschaft.

*Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD  
– Zentralkomitee –*

---

# KRIEG GEGEN JUGOSLAWIEN ODER: EIN DEUTSCHER FRIEDEN

*Erklärung der Plenartagung des ZK, Mai 1999*

## I.

Die »Friedenspolitik« des deutschen Imperialismus ist Kriegspolitik. Sie ist die Politik des Krieges zur Sicherung, das von ihm zerschlagene Jugoslawien nicht mit den anderen Aggressoren zu teilen. Die Friedenspolitik ist das Standbein der Kriegspolitik der BRD, die die Nachbarländer Jugoslawiens unter der Vorherrschaft des deutschen Imperialismus weiter abzusichern hat. Die Friedenspolitik ist Kriegspolitik, insbesondere gegenüber den USA. Und dies ist ein Widerspruch unter den Imperialisten, wo der deutsche Imperialismus der Hauptaggressor nicht nur in diesem Krieg, sondern in Europa, als derjenige, der den Frieden wahrt, der Annexionen ohne Krieg bewerkstelligt, verdeutlicht werden soll. Und wer bombt, wie die USA, soll zum Aggressor in der Welt gestempelt werden. Das Ergebnis solcher Friedenspolitik ist die Fortführung des Krieges mit anderen Mitteln. Ist der Krieg gegen Jugoslawien auf Dauer. Bestenfalls kann daraus ein zeitweiliger Frieden, ein Schandfrieden, ein Elends-Frieden, der zum nächsten Schlachten gegen die Arbeiter, die Völker führen wird, werden. Ein deutscher Frieden ist die Besetzung Jugoslawiens.

Der größte Gegner in diesem Krieg für den deutschen Imperialismus ist die USA. Denn die USA sind es, die praktisch dem deutschen Imperialismus durch ihre Kriegführung in Jugoslawien die Rolle zubombt, dem deutschen Imperialismus militärisch zu demonstrieren, wer im imperialistischen Aggressionslager die erste Geige spielt. Dieser hauptsächliche Widerspruch ist für uns von besonderer Bedeutung, weil in der Weise, wie er zum Vorschein tritt (der US-Imperialismus als der aggressivere, gewalttätigere, der deutsche Imperialismus als der unermüdlich nach einem als Frieden verkauften deutschen Sonderweg suchende) die Hauptschuld des

deutschen Imperialismus am Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien verschleiert wird. Dadurch, daß die stark nationalistischen pazifistischen kleinbürgerlichen Friedensfreunde und Kriegsgegner in unserem Lande den Aggressor eines Krieges immer danach beurteilen, wer wirft die meisten Bomben und nicht danach: Wer hat das Volk, die Arbeiterklasse eines Landes geschlagen, geteilt, entwaffnet und unterdrückt – ob mit friedlichen oder kriegerischen Mitteln –, dadurch wird der deutsche friedliche Sonderweg mit seiner Kriegsbeteiligung gegen Jugoslawien die minimale Antikriegshaltung dieser Kräfte noch geringer machen und sie letztendlich mit Haut und Haaren auf der Seite des ach so friedlichen deutschen Imperialismus (der ja alles dafür tut, den Krieg zu beenden), zum Stehen bringen.

Daneben gibt es immer mehr im Lager der kriegführenden Imperialisten weitere Widersprüche. Etwa den mit dem griechischen Kapitalismus, der seine Basen nicht mehr für Luftangriffe zur Verfügung stellt (was sicherlich auch mit der kämpferischen griechischen Arbeiterklasse zu tun hat). Ebenso aber auch gegenüber Ländern, die nicht zu den kriegführenden gehören. Die kriegführenden Parteien Deutschland, England, Frankreich, USA verletzen durch ihren Aggressionskrieg gegen das jugoslawische Volk nicht nur die Neutralität Österreichs (indem das Hoheitsgebiet, der Luftraum über Österreich tagaus, tagein gegen jedes Völkerrecht gegen Österreich verletzt wird). Es gefährdet ebenso die Souveränität der Länder Bulgarien, Rumänien, der Tschechischen Republik etc.

Man muß davon ausgehen, daß trotz – oder vielmehr z.T. gerade wegen – dieser Widersprüche (siehe USA-BRD) es noch lange dauern kann, bis vorübergehend keine Bomben mehr fallen. Oder – wo die Bomben schweigen – die Panzer und Hunderttausende feindlicher Soldaten und Aggressionsarmeen auf lange Zeit die Teilrepublik Jugoslawiens Kosovo unter ihrer Herrschaft besetzt halten. Das heißt: die Souveränität Jugoslawiens mißachten und eine Okkupationsherrschaft aufrichten. Solcher Friede ist Krieg.

Was die Haltung der Arbeiterklassen angeht, so ist sicher die kämpferischste die Arbeiterklasse Griechenlands, die sich im Krieg gegen die eigene Regierung, gegen die eigene herrschende Klasse stellt. Auch aus Italien kommen zunehmend Nachrichten von großen und kämpferischen Demonstrationen gegen den Krieg. Unter der französischen Arbeiterklasse

(die in *ökonomischen* Fragen in den letzten Jahren manches Beispiel an Kampfbereitschaft geliefert hat) und der britischen Arbeiterklasse tut sich nichts Angemessenes gegen diesen Krieg und gegen ihren eigenen Hauptfeind – sie folgen wie die Mehrheit der westdeutschen Arbeiterklasse ihrer Bourgeoisie in diesen Krieg.

Eine deutsche Ausnahme von der Kriegsgefolgschaft sind offenbar die Arbeiter wie weitere Teile des Volkes der DDR, die mehrheitlich gegen diesen Krieg sind. Wenn dies sicher auch noch keine Haltung ist, die ausschließlich den Hauptfeind im eigenen Land sieht. Das spiegelt in vielem die historische Lage dieser Klasse wider, daß es jahrzehntlang das bessere Deutschland war. Daß aber auch die Haltung aus dieser Zeit durch die SED in den Köpfen der Kriegsgegner in der DDR herumspukt, daß der US-Imperialismus immer und überall der Hauptaggressor bei jeder arbeiter- und volksverachtenden Aktion war und ist.

## II.

Das ZK diskutierte die Frage der ökonomischen Interessen hinter einem sogenannten »Stabilitätspakt« bzw. einem »Wiederaufbauplan«. Die Völker dürfen sich nichts davon versprechen. Jugoslawien ist nicht die Bundesrepublik 1945 und danach. Die Bundesrepublik nach ihrem 2. imperialistischen Weltkrieg wurde durch den Marshall-Plan vom US-Imperialismus gezielt und bewußt ökonomisch stabilisiert, um als Aggressor, als Bollwerk gegen die Diktatur des Proletariats, gegen die Diktatur des Volkes, gegen die sozialistischen Länder gerichtet zu werden. Und die ökonomische »Hilfe« für die BRD war nicht umsonst, denn vom ersten Tag an erfüllte sie eben genau diese politische Aufgabe, den Sozialismus an ihren Grenzen und darüber hinaus in Schach zu halten. In den 50er und 60er Jahren zu isolieren, in den 70er Jahren zu destabilisieren und in den 80er Jahren mit ihrer Hilfe zu zerstören. Jugoslawien kann diese Rolle für die Imperialisten, weder für die BRD noch für die USA, einnehmen. Der Krieg gegen Jugoslawien geht gegen die Arbeiterklasse, gegen das Volk. Es geht um die Niederwerfung dieser Arbeiterklasse, um die Niederwerfung des jugoslawischen Volkes. Es geht darum, daß Jugoslawien von der Weltkarte verschwindet und als reines Aufmarschgebiet gegenüber den Nachbarländern Jugoslawiens wie insbesondere den ehemals sowjetischen Ländern zu die-

nen. Dazu bedarf es keines ökonomischen Wiederaufbaus. Was ja auch die Arbeiterklasse wieder stärken würde. Dazu bedarf es bestenfalls des Brückenaufbaus, des Aufbaus des Eisenbahnnetzes und ein wenig Energie – eben gerade soviel, wie die Okkupationsarmeen für ihren Krieg gegen andere Völker der ehemaligen sozialistischen Staatengemeinschaft benötigen. Und selbst wenn man nur ökonomisch diskutiert und die Politik in der Ökonomie außer Acht läßt, ist das ökonomisch zerstörte Jugoslawien kein Land, das von ökonomischem Interesse für die BRD, für den US-Imperialismus wäre. Denn seine ökonomische Kapazität ist für den Imperialismus viel zu klein. Und die eigenen Überkapazitäten der Imperialisten zu groß, daß selbst das, was die annektierte DDR erlebte, nämlich ein Land der Handelsketten zu sein, Jugoslawien nicht verspüren wird. Es geht in der Tat um Zerstörung, es geht um die Vernichtung der jugoslawischen Arbeiterklasse wie der Nationalbourgeoisie.

### III.

Zur Frage eines wie auch immer gearteten internationalen Gerichtshofs: In der Tat wird mit diesem Krieg das Völkerrecht gebrochen. Es wird vor allem in all denjenigen Teilen gebrochen, die Ergebnis des Siegs der Antihitlerkoalition wie der Existenz der Arbeiterklasse an der Macht waren. Genauso wie die Funktion der UN nur solange gesichert war, wie sie Kampfboden wie Ergebnis der friedlichen Koexistenz war. Mit der vorläufigen Niederlage des Sozialismus ist diese Grundlage weggefallen, die Imperialisten ziehen die Konsequenz daraus und ziehen sie mit den Mitteln, die sie im letzten Stadium des Kapitalismus haben: mit Krieg, Blut und Zerstörung. Ein internationaler Gerichtshof unter diesen Umständen wäre allenfalls eine Farce auf Nürnberg (das ebenso wie die oben genannten Aspekte des Völkerrechts und der internationalen Beziehungen Ergebnis einer bestimmten historischen Konstellation der beiden kämpfenden Hauptklassen war). Die Ablehnung oder die Nichtannahme bis zur heutigen Stunde der Anklage seitens der Bundesrepublik Jugoslawien gegen die Kriegsverbrecher, gegen die Regierungen der kriegführenden Staaten ist ein Beweis dafür, daß wir es nicht mit einem Gerichtshof zu tun haben, in dem das siegreiche Proletariat wie in Nürnberg zur Verurteilung des Aggressors und seiner Kriegsverbrecher Entscheidendes beitrug. Ein solcher

Gerichtshof würde bestenfalls demokratisches bürgerliches Recht sprechen, das aber genauso faschistisch bürgerliches Recht sein könnte, sprich: das Recht zum Krieg (das nach 1945 explizit aus den aus der Souveränität hergeleiteten Rechten herausgenommen wurde) bestätigen und damit sanktionieren, was der Imperialismus mit Jugoslawien gerade tut.

#### IV.

Es ist die Arbeiterklasse, die Frieden schafft. Es ist das Volk, das Frieden schafft. Von den Unterdrückern und Ausbeutern dies zu erwarten heißt: Der Friede kommt nie. Ohne daß die westdeutsche Arbeiterklasse ihren Kriegstreibern und -verbrechern durch ihren Widerstand, durch ihren Kampf gegen ihren Hauptfeind das Handwerk des Völkermords legt, ohne Widerstand unserer Klasse wird es keinen Frieden von deutschem Boden aus gegenüber Jugoslawien geben! Ohne den Widerstand der Arbeiterklassen und Völker der kriegführenden Länder wird das jugoslawische Volk, werden die Arbeiter in Jugoslawien ihre ureigenste Befreiung, ihre Errungenschaften aus dem revolutionären Kampf gegen den deutschen Hitlerfaschismus und gegen die erneute Aggression noch blutiger bezahlen, wenn die Arbeiterklassen der kriegführenden Länder nicht ihrer proletarischen Pflicht in einem viel größeren Ausmaß wie zur heutigen Stunde nachkommen. Wir Kommunisten tun tagtäglich nichts anderes als in unserer Klasse die Arbeiter aufzuklären, aufzufordern und zu organisieren: »Proletarier, kämpft gegen euren eigenen Kriegsgegner! Kommt zu unseren Aktionen und Demonstrationen!« Denn den Zustand in unserer Klasse zu beklagen ist keine Antwort auf Krieg.

Der Völkermord von deutschem Boden aus ist eine unmittelbare Folge dessen, daß der deutsche Imperialismus die souveräne, eigenständige Deutsche Demokratische Republik 1989/90 annektierte, und zwar mit Duldung durch die heutigen Kriegsparteien gegen Jugoslawien. Die staatliche Einheit Deutschlands heißt Krieg für Europa. Heißt Krieg gegen Jugoslawien. Dem Volk und der Arbeiterklasse der DDR wurde zutiefst bewußt, daß die Annexion ihres souveränen Staates nicht nur sie selbst ins Elend gebracht hat, sondern daß das Elend über andere Völker und Klassen eine Ursache ihrer eigenen Unterwerfung ist. Ihr Widerstand für

den Frieden für die Völker ist von anderer Natur, von anderer Größenordnung, von anderer Entschiedenheit als von den Arbeitern, die ihre jahrzehntelange Unterdrückung nahtlos vom Faschismus bis heute in der Bundesrepublik erfahren haben. Die Annexion der DDR hat die Arbeiter in der Bundesrepublik ebenso wie die Arbeiterklasse in der DDR in den Krieg geführt. »Wurde diese Grenze aufgehoben, damit wir zusammen gegen andere Völker in den Krieg ziehen?« Dies kann von der Arbeiterklasse der Bundesrepublik wie von der der DDR nur mit Ja beantwortet werden! Solange die Staatsgrenze aufgehoben ist, solange ist der Krieg die tägliche Gefahr, die unsere Klassen bedroht. Es ist unser ureigenstes und gemeinsames Ziel, von uns Kommunisten und von den Proletariern aus West und Ost, daß alles dafür getan wird, den deutschen Imperialismus zu schwächen. Und das heißt für uns in unserem Land konkret: Daß das annektierte Gebiet die Freiheit erhält, einen unabhängigen Weg von der Bundesrepublik zu gehen, seine demokratischen und friedlichen Ziele gegen die Bundesrepublik eigenständig zu verteidigen. Daß es sich auf den Weg macht, die Konföderation mit der Bundesrepublik anzustreben als einen möglichen Schritt, seine ureigenste demokratische Umwälzung und Lostrennung von dem Aggressor deutscher Imperialismus zum zweiten Mal anzustreben und voranzutreiben. Unsere gemeinsamen Aktionen, wie am 8. Mai oder am 23. Mai an der ehemaligen Staatsgrenze zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland, in Berlin am Brandenburger Tor, sind erste Zeichen solch eines gemeinsamen Willens in die richtige Richtung.

Schwächt den deutschen Imperialismus, nicht nur gegen Jugoslawien. Schwächt ihn vor allem als Großdeutschland, als Nachfolgestaat des Deutschen Reiches!

*Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD  
– Zentralkomitee –*

## DIE CHANCE NUTZEN, BEVOR ES VIELLEICHT ZU SPÄT IST ...

*Dokument des Zentralkomitees, veröffentlicht am 10. Juni 1999*

Berlin, 23. Mai 1999: »Parallel zur Wahl des Bundespräsidenten im Reichstag bildeten bis zu 1000 Friedensaktivisten eine Menschenkette entlang der früheren Grenze zwischen DDR und Westberlin. Auf Transparenten fragten sie: ›Wurde diese Grenze aufgehoben, damit wir zusammen gegen andere Völker in den Krieg ziehen?‹«<sup>1</sup>

### I.

Zwei Wochen zuvor war folgendes Papier fertig geworden:

Wie gesagt: Wir wissen nicht, ob das (der Angriff auf Jugoslawien) der Beginn eines dritten Weltkriegs war. Wir wissen allerdings, daß das *Ende* eines dritten Weltkrieges auch das Ende Mitteleuropas bzw. des »Deutschland« genannten Teils sein kann.

Angesichts dessen (und angesichts des Zustands der Arbeiterbewegung in der Welt) mag es einem wenig Trost spenden, sich daran zu erinnern, daß am Ende des ersten Weltkriegs auch der Sturz der imperialistischen

---

<sup>1</sup> *Neues Deutschland*, 25.5.99: »Wer durch das Tor wollte, benötigte einen Passierschein. Den gab es problem- und formlos, allerdings mit einigen ›Brechtischen Einschränkungen‹ auf der Rückseite. ›1. Völlige Freiheit des Buches, mit einer Einschränkung. 2. Völlige Freiheit des Theaters, mit einer Einschränkung. 3. Völlige Freiheit der bildenden Kunst, mit einer Einschränkung. 4. Völlige Freiheit der Musik, mit einer Einschränkung. 5. Völlige Freiheit des Films, mit einer Einschränkung. Die Einschränkung: Keine Freiheit für Schriften und Kunstwerke, welche den Krieg verherrlichen oder als unvermeidbar hinstellen, und für solche, welche den Völkerhaß fördern.‹ Zeitweilig beteiligten sich mehr als 1000 Menschen an der siebenstündigen Friedensaktion. Hand in Hand bildeten sie eine mehrere hundert Meter lange ›Mauer‹ entlang des ehemaligen ›Schutzwalls‹ auf der Westseite des Brandenburger Tores. ›Wurde diese Grenze aufgehoben, damit wir zusammen gegen andere Völker in den Krieg ziehen?‹, fragten viele Teilnehmer auf Transparenten. ›Wäre eine bundesdeutsche Beteiligung am Angriffskrieg gegen Jugoslawien auch möglich gewesen, wenn es die DDR noch gäbe‹, hätte es ebenfalls heißen können. ...« 14 Tage vorher in der *Jungen Welt* über die zentrale Demonstration in Berlin zum 8. Mai: »Gäbe es die DDR, es gäbe keinen Angriff auf Jugoslawien, so die Aufschrift des auffälligsten Transparents auf dem Gendarmenmarkt.«

Kriegsbetreiber stand. Nicht überall, aber in einem Land. (Rußland schied aus dem Krieg aus, weil das unermüdliche Bestreben der Bolschewiki, den imperialistischen Krieg in den revolutionären Bürgerkrieg zu verwandeln, mit der Oktoberrevolution Erfolg gehabt hatte.) Aber mit diesem Hinweis soll gar kein Trost gespendet werden. Sondern aufgefordert werden, sich der Voraussetzungen für die deutsche Beteiligung am jetzigen Krieg bewußt zu werden. Wer sagt: Ja, das wissen wir doch, das ist die Herrschaft des Kapitals usw., der hat zwar allgemein recht, aber er vergißt etwas. Und die Wahrheit ist immer konkret. Im vorliegenden Fall kann sie in einem ganz einfachen Satz ausgedrückt werden: Gäbe es die DDR noch, gäbe es keinen deutschen Angriff auf Jugoslawien.<sup>2</sup>

Eine Wahrheit bleibt wahr, auch wenn nicht nach ihr gehandelt wird. Aber wenn etwas als wahr erkannt ist: was bleibt uns anderes übrig als wenigstens zu versuchen, danach zu handeln. Die bislang ins Reich des »Unmöglichen« verbannte Vorstellung, dafür zu kämpfen, die Annexion der DDR rückgängig zu machen, hat nun mal durch den jetzigen Krieg eine andere Dimension bekommen, so »unbequem« das für alle Beteiligten ist.<sup>3</sup>

Zunächst einmal muß die Wahrheit ausgesprochen werden, also daß es mit der DDR keinen deutschen Angriff auf Jugoslawien gäbe, und sie muß schnell ausgesprochen werden, solange die große Mehrheit der Menschen auf dem Territorium der annectieren DDR diesen Krieg noch ablehnt und nicht der BRD-Regierung usw. nachgegeben hat! Jede Form, in der sich diese Meinung *als nicht durch die andersgeartete westdeutsche majorisierbar organisiert*, ist zu prüfen. Anfangen von Komitees bis hin zu Vorschlägen, die schon in Friedenszeiten gemacht wurden (wie eine eigene Kam-

<sup>2</sup> Das ist eine Tatsachenfeststellung! Aber natürlich ist es aufzugreifen, wenn Meinungsumfragen dies subjektiv bestätigen, z.B. im STERN 16/99 »Ostdeutsche gegen diesen Krieg«, wonach 70 % der Westdeutschen es richtig finden, daß sich die Bundeswehr an den Kampfeinsätzen gegen Jugoslawien beteiligt, und nur 25 % es nicht richtig finden, während auf dem DDR-Territorium die Ablehnung überwiegt (mit 48 % Nein zu 41 % Ja; »weiß nicht« antworteten 11 %).

<sup>3</sup> Die Frage, ob man auch dann dem »Beitritt« der DDR zur BRD zugestimmt hätte, wenn man gewußt hätte, daß das derart »vereinte Deutschland« zehn Jahre später sich in einem Angriffskrieg befindet, ist weder nur moralisch noch »rückwärts gewandt«. Sondern die dadurch erfolgte Verletzung des »2+4«-Vertrages wirft die Frage auf, ob der Staatsvertrag über den »Beitritt« der DDR noch gültig ist. Aber auch abgesehen von den völkerrechtlichen Fragen: die Geschichte bietet genügend Lehrstoff dazu, wie auch eine vollzogene Annexion stufenweise bekämpft werden kann und daß man nicht darauf warten muß, daß sie nach einem nächsten großen Krieg von den Siegern aufgehoben wird. Genannt sei hier nur: Bildung einer provisorischen (revolutionären) Regierung und/oder einer Konföderation (sozusagen Aufrollen des Kohlschen 10-Punkte-Plans von hinten her, also des Plans, mit dem 1989 das »Udenkbare« denkbar gemacht wurde).

mer für die Bürger auf dem Gebiet der annektierten DDR), allerdings immer unter der Voraussetzung, daß sie als Instrumente gegen diesen Krieg taugen und zumindest in dieser Frage der Bundesregierung den Gehorsam verweigern!

Wer einwirft, daß dies nur darauf hinauslaufe, aus Furcht vor dem Krieg zu desertieren, mag das tun. Das Desertieren aus dem imperialistischen Krieg war nicht nur immer noch besser (und auch ehrenhafter) als das Mitmachen und schwächte den Hauptfeind, nämlich den im eigenen Land! Sondern: Die Revolution wurde nicht gemacht, um aus dem Krieg auszuschneiden, sondern das Ausschneiden-Wollen war ein Schritt auf dem Weg zur Revolution.

»Dreck euer Krieg! So macht ihn doch allein!« Wenn in dieser Weise die Menschen der ehemaligen DDR ihre Ablehnung des jetzigen Kriegs in die Tat umsetzen, wären die westdeutschen Arbeiter doppelt, d.h. nicht nur durch ihre eigenen Klassenlage, sondern durch ein Vorbild aufgefordert, sich zu überlegen, ob sie nicht dazu übergehen, die Kapitalisten ihren Krieg allein führen zu lassen – womit es aus wäre mit dem Krieg führen!

\* \* \*

Schließt die Wahrheit, daß es mit der DDR keinen deutschen Angriff auf Jugoslawien gäbe, gemeinsame Aktionen aus Ost und West aus? Im Gegenteil! Man stelle sich nur eine Menschenkette vor, die exakt entlang der ehemaligen Staatsgrenze postiert ist, und sei es zunächst nur in Berlin (und/oder auch anderen ausgewählten Orten wie z.B. Herrnburg!), und Schilder trägt, auf denen steht: Diese Grenze wurde nicht aufgehoben, damit wir zusammen gegen andere Völker Krieg führen!<sup>4</sup> Oder als Frage:

Wurde diese Grenze aufgehoben, damit wir  
zusammen gegen andere Völker in den Krieg ziehen?

Sicher gibt es noch viele weitere Aktionsformen, große und kleine. So könnte auf Reste der Staatsgrenze auch geschrieben werden: Diese Grenze verhinderte, daß wir zusammen gegen andere Völker in den Krieg ziehen. (DDR-Bürger mögen nach »verhinderte« vielleicht noch ein »auch« einfü-

---

<sup>4</sup> Andere Vorschläge, die gemacht wurden:

Richten wir gemeinsam den »Antifaschistischen Schutzwall« wieder auf gegen den Krieg.  
Bauen wir gemeinsam die Mauer gegen den Krieg.

gen. Und eine andere sehr DDR-spezifische Parole könnte z.B. auch sein: Keine Reisefreiheit in den Krieg. Usw. usw.)

## II.

Viele Teilnehmer der Aktion am 23. Mai, zu der eine Reihe mehr oder minder bekannter Persönlichkeiten aus Ost und West aufgerufen hatte, mögen in dieser Aktion zunächst einmal eine von vielen Antikriegs-Aktionen und ihre Besonderheit in der gleichzeitigen Wahl des Bundespräsidenten gesehen haben. (Zu den Aufrufern hatte auch Uta Ranke-Heinemann gehört, die durch ihre Kandidatur die Möglichkeit gab, jemanden zum Bundespräsidenten zu wählen, der für die sofortige Beendigung des Kriegs gegen Jugoslawien ist.) Zugleich war zu merken, daß die mit dieser Aktion gestellte Frage »in der Luft liegt«. Man kann es dabei zunächst belassen, oder sich sagen: Jetzt waren es einige Tausend, die für einen kurzen Zeitraum mit der Frage konfrontiert wurden, ob diese Grenze aufgehoben wurde, damit wir zusammen gegen andere Völker in den Krieg ziehen; nun kommt es darauf an, möglichst viele Menschen mit dieser Frage zu konfrontieren. Und sei es dadurch, daß sie auf kleinen angeklebten Zetteln, auf in die Erde gesteckten Schildern, mit Buchstaben auf der Straße<sup>5</sup> usw. überall dort präsent ist, wo die Grenze zwischen der DDR und BRD verlief ... Auch als große Tafel in ganz der Art, wie sie bei Baustellen zu sehen ist (sicher noch mehr als anderswo in Berlin). – Eine weitere Möglichkeit könnte sein, daß in einer Art »Wanderausstellung« ein Segment der »Mauer« auf einem belebten Platz nach dem anderen aufgestellt wird (als Kunstwerk), auf beiden Seiten mit einer mittelgroßen Metallplatte versehen, auf der in erhabenen Buchstaben (erhaben, damit Schmierereien nichts ausrichten) zu lesen ist: »Mußte es diese Grenze geben, damit wir nicht zusammen gegen andere Völker in den Krieg ziehen?«. (Oder: »Mußte es diese Grenze geben, damit wir« – es könnte auch heißen: »die Deutschen« – »in Frieden mit anderen Völkern leben?«) Usw. usw.

---

<sup>5</sup> Die mit Schablonen oder anderen technischen Vorkehrungen u.U. ebenso rasch wie präzise aufgebracht werden können (sowie durch ihre Lage selber die Grenze markieren); und was immer jeweils gemacht wird, das am 8. und 23.5. gut aufgenommene Plakat mit den in Fußnote 2 erwähnten Daten sollte nicht fehlen.

## III.

Man mag es paradox nennen, muß es aber zur Kenntnis nehmen (und auch das hat die Aktion am 23. Mai bestätigt): Die gleichen, die mehrheitlich dagegen sind, zusammen gegen andere Völker in den Krieg zu ziehen, sind derzeit gegen eine Trennung vom Westen, d.h. gegen eine Lostrennung des kriegsunwilligeren Ostens vom kriegswilligeren Westen. Obwohl die Wirkung noch mehr als das eigene Ausscheiden aus dem Krieg gegen andere Völker wäre: Auf jeden Fall würde die BRD in den Grenzen von 1989 wieder auf den (ihr angemessenen) Status einer zweitrangigen Macht zurückfallen, zumindest in den Augen ihrer westlichen Partner. (Und es bestünde bei denen möglicherweise auch nicht jenes Bedürfnis, dessen Befriedigung auch eines der gegenwärtigen Kriegsziele zu sein scheint, nämlich nicht nur Jugoslawien in die Steinzeit, sondern den vordrängenden deutschen Imperialismus in die zweite Reihe zurückzubomben.)<sup>6</sup>

Aber, und darin könnte auch eine Auflösung der oben angesprochenen Widersprüchlichkeit liegen: Selbst wenn sich der Osten losgetrennt hätte, bräuchte er erneut, was im Westen nie ernsthaft versucht wurde, nämlich eine demokratische Umwälzung, die einigermaßen immun zu machen versucht gegen Faschismus, Rassismus und Militarismus.<sup>7</sup> Die Ablehnung der deutschen Beteiligung am Krieg gegen Jugoslawien ist ebensowenig ein Ersatz dafür, wie es die breite Ablehnung des Krieges nach dem verlorenen Weltkrieg II war.<sup>8</sup> Aber das letztere war und das erste ist ein Anknüpfungspunkt für eine demokratische Umwälzung. Und um diese im Osten in Angriff zu nehmen, braucht man nicht auf eine Lostrennung zu warten! Was man allerdings müßte, wäre: damit nicht darauf zu warten, zu was die

---

<sup>6</sup> Man mag es für übertrieben halten, einen Zusammenhang herzustellen zwischen der deutschen Holocaust-Denkmal-Debatte und einem Bedürfnis, die BRD in die zweite Reihe zurückzubomben. Tatsache ist allerdings, daß ein etwa gleicher Personenkreis sowohl das Denkmal als auch die jetzige deutsche Kriegsbeteiligung ablehnt, weil die nationale Souveränität und Würde Deutschlands verletzt würde. (Vgl. die Wiedergabe der diesbezüglichen Äußerungen von Rudolf Augstein in der Flugschrift des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD zum diesjährigen 1. Mai.)

<sup>7</sup> »Angesichts der reaktionären Entwicklung in den Westzonen ist es für das ganze deutsche Volk von Bedeutung, die Errungenschaften der demokratisch-antifaschistischen Umwälzung zu sichern und zu festigen.« (Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Teil III, Berlin 1967, S. 128 über den II. Parteitag der SED vom 20.–24. September 1947.)

<sup>8</sup> Man sollte sich keinen Illusionen hingeben: Die Gründe für die Antikriegsstimmung im Osten im Jahre 1999 sind wahrscheinlich zum Teil durchaus verschiedene Gründe, darunter auch solche, die für eine (imperialistische) »Vaterlandsverteidigung« wären, ganz so, wie die Gründe für die Antikriegsstimmung nach 1945 ganz unterschiedliche waren und die Aufgabe einer antimilitaristischen Erziehung erst noch angepackt werden mußte.

Menschen im Westen bereit sind. Sondern eine solche erneute demokratische Umwälzung mit allen im Osten vorhandenen politischen und kulturellen Mitteln nach und nach in Angriff zu nehmen. Das ist vielleicht schwerer, als es eine Lostrennung wäre, aber ein Weg, den mehr zu gehen bereit sind und den zu gehen auf jeden Fall lohnt.

*Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD  
– Zentralkomitee –*

---

## DIE AUSPLÜNDERUNG DER WERKTÄTIGEN ODER DIE STAATSVerschULDUNG

*Dokument der Plenartagung des ZK, August 1999*

### I.

Das Geschrei der regierenden Sozialdemokratie, daß der Staat der BRD in Billionenhöhe verschuldet ist, daß der Staatsbankrott nicht weit sei, wenn jetzt nicht energische Maßnahmen ergriffen werden, beeindruckt große Teile des Proletariats und der anderen Werktätigen hierzulande. Da der Klassencharakter des bürgerlichen Staates von ihnen nur sehr bedingt wahrgenommen wird, schwächt dies ihre Bereitschaft, dem Organ der Ausbeuterklasse wie der staatlichen erneuten Ausplünderung in Höhe von 30 Milliarden Widerstand entgegenzusetzen.

Der Staatshaushalt ist ein Werkzeug, mit dem ein Teil des Nationaleinkommens im Interesse der Ausbeuterklasse *neu* verteilt wird. Die Quelle für den Staatshaushalt sind *Steuern und Anleihen*. Marx schrieb, daß der Haushalt eines kapitalistischen Staates »... nichts anderes ist als ein Klassenbudget, ein Budget für die Bourgeoisie«. Die Steuern sind im Kapitalismus eine Form zusätzlicher Ausbeutung der Werktätigen, da ein Teil ihrer Einkünfte mittels des Staatshaushalts zugunsten der Bourgeoisie neu verteilt wird. Die Politik des bürgerlichen Staates ist darauf gerichtet, die Ausbeuterklasse steuerlich so wenig wie überhaupt möglich zu belasten. Die Hauptsteuerlast tragen also die werktätigen Massen, die Arbeiter, die Bauern, die Angestellten. Hinzu kommt, daß die Ausgaben des kapitalistischen Staates in ihrer überwiegenden Mehrheit unproduktiv sind. Neben den Steuern sind ein wichtiger Einnahmeposten des kapitalistischen Staates die *Anleihen*. Mit einem bedeutenden Teil der durch Anleihen aufbrachten Mittel werden in erster Linie militärische Ausgaben ge-

deckt, wie, daß der Staat Lieferungen, die den Industriellen ungeheuren Profit bringen, bezahlt und Anleihen an andere Staaten mit horrender Verzinsung ausgegeben werden. Ein weiteres Merkmal des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist es, Kapital, das der Produktion entzogen wird, als fiktives Kapital der Monopolisten in Staatsanleihen zu verwandeln, was eine erhöhte Umverteilung des Nationaleinkommens zugunsten der Monopolisten möglich macht. Denn letzten Endes führen die Anleihen zu einer weiteren Erhöhung der Steuern der Werktätigen und zur Senkung der sozialen Ausgaben fürs Volk, da die Anleihen verzinst und getilgt werden müssen. In den bürgerlichen imperialistischen Ländern nimmt die Staatsschuld ungeheure Ausmaße an. Die Ausplünderung der Werktätigen und die Bereicherung der Monopolisten nimmt eine nie dagewesene Größenordnung an. Sie verstärkt den unproduktiven und parasitären Charakter der Verschwendung des Nationaleinkommens.

*Die Ursache der Staatsverschuldung der BRD  
ist die Quelle ihres Reichtums*

An der Oberfläche der Erscheinungen der kapitalistischen Gesellschaft stellen sich die Einkommen und ihre Quellen in verzerrter, fetischisierter Form dar. So geschieht es auch mit der Staatsschuld der BRD. Die Staatsschuld der BRD erweckt den Anschein, als sei der Staat, der ideelle Gesamtkapitalist auf dem Weg des Ruins, sei er pleite, hochverschuldet. So der Schein. Dieser Fetisch findet seine Entsprechung oder Widerspiegelung in den Massen, in der Furcht, dieser Staat sei bald zahlungsunfähig, und auch die Werktätigen hätten ein ureigenes Interesse daran, daß die Staatsverschuldung verkleinert wird. Der Schein trügt! Das Gegenteil ist der Fall. Es ist der unermeßliche Reichtum, den das Proletariat durch seiner Hände Arbeit geschaffen hat, der die Staatsverschuldung der BRD ermöglicht und geschaffen hat. Es ist das gewaltige Nationaleinkommen der Arbeiter und anderen Werktätigen und die kleinliche und begrenzte Möglichkeit, es in produktives Kapital noch zu verwandeln, die dem Finanzkapital den Kauf von Staatsanleihen als einen profitablen Ausweg aufweist. Es ist dies eine gigantische Umverteilung des Nationaleinkommens, das den Titel Staatsschuld trägt. Der Staat verschuldet sich bei den Großbanken, um den Großbanken den größtmöglichen Profit, den größtmöglichen

Anteil am Nationaleinkommen zu sichern. Jede Mark Zins, die der Staat den Banken zurückzahlt, ist eine Mark vom Arbeiter. Ist eine Mark, mit der das Nationaleinkommen zugunsten der Finanzoligarchie umverteilt wird. Demzufolge wächst mit den Staatsschulden im Inneren des Landes der Reichtum der Gläubiger. Die vom Staat geliehenen Kredite werden in der Hauptseite nicht als Kapital verwandt zur Produktion von Mehrwert, sondern unproduktiv verausgabt (Gewaltenapparat, Militarismus, Privilegien der Reichen etc.) und sie existieren deswegen als fiktives Kapital.<sup>1</sup> Die Gläubiger der Staatsschulden werden Jahr für Jahr mit Zins und Zinseszins überschüttet und erfreuen sich eines stets wachsenden Reichtums. Das Finanzkapital dominiert und unterwirft sich den staatsmonopolistischen Kapitalismus und seinen Staat und beutet die Arbeiter und anderen Werktätigen vermittels der Anleihen, die sie ihrem Staat gewähren, aus. Der Arbeiter wird somit nicht nur vom industriellen Kapitalisten ausgebeutet, sondern zunehmend vom Finanzkapital über die Form der inländischen fiktiven Staatsverschuldung.

Die Hälfte aller Staatsschulden der BRD von knapp 2400 Milliarden Mark gehören den Großbanken, die knapp 1200 Milliarden Mark an den Staat verliehen haben. Bei dem derzeit üblichem Zinssatz, dem Staat gegenüber von 8 %, der an Banken gezahlt wird, erhalten die Großbanken in nur 9 Jahren 1200 Milliarden Mark Zinsen. Ihr ausgeliehenes Geld hat sich also in 9 Jahren verdoppelt und wäre auf 2400 Milliarden Mark angewachsen. Wovon hat der Staat die 1200 Milliarden Mark gezahlt? Neben Steuern, die die Werktätigen aufbringen und einem weiteren Teil des Nationaleinkommens von der Gesellschaft durch neue Kredite von den Banken. »Als Warnzeichen muß insbesondere gelten, daß der Anstieg der Schuldenquote in den letzten Jahren ... wesentlich mit der hohen Zinsbelastung zusammenhängt. Damit nährt sich die Verschuldung aus sich selbst heraus«, schrieb die Deutsche Bundesbank 1997 (Monatsberichte 3/97). Somit wird sich auch die Staatsschuld bei den Banken in 9 Jahren verdoppeln und mit ihr die Zinszahlungen. Diese 1200 Milliarden Mark Zinsen entsprechen nach heutigem Stand etwa der Summe von 3 Bundesjahreshaushalten mit sämtlichen Zahlungsposten oder andersherum gesagt: Von den

<sup>1</sup> Karl Marx, MEW Band 23, Seite 782-785; MEW Band 25, S. 482-483

Bundeshaushalten in 9 Jahren fließen 3 direkt in die Tresore der Großbanken. Man kann auch sagen, daß die 1200 Milliarden Mark Zinsen von 9 Jahren 40 Sparpaketen des Herrn Eichel à 30 Milliarden Mark entsprechen. Wohlgermerkt: dies alles durch Zinsaufbringung des Staates, was noch keine einzige müde Mark Schuldenabbau bedeutet.

Der Reichtum der Staatsverschuldung erscheint zugleich auch in den Umsätzen der Großbanken. So weist die Deutsche Bank mittlerweile eine Bilanzsumme von 1500 Milliarden Mark aus, was 3 ½ Bundeshaushalten der BRD gleichkommt.

An diesen Tatsachen bestätigt sich die von Lenin nachgewiesene und in unserem Programm beschriebene immer mächtiger werdende Rolle der Großbanken im Staatsmonopol.

Die Staatsverschuldung im Inland ist nicht real, sondern fiktiv, wie oben gezeigt. Real dagegen sind die Staatsschulden gegenüber ausländischen Kapitalgebern, die heute bei 770 Milliarden Mark liegen und auch von den ausländischen Kapitalisten eingetrieben werden und beglichen werden müssen. Diese Schulden resultieren größtenteils aus der Annexion der DDR. Zum einen ist die Vernichtung von gesellschaftlichem Reichtum in dem annektierten Gebiet größer als die verbliebene Produktion und Reproduktion. Es wurde und wird mehr zerstört als produziert wird. Dies führte zur Kreditaufnahme auch im Ausland und zu realen Schulden, insbesondere bei englischen und französischen Banken. Andererseits sind auch die Schulden des annektierten Gebiets, der DDR, fiktiv oder anders gesagt, reine Luftbuchungen im Staatshaushalt der BRD. Denn ein Teil der sogenannten Schulden der DDR sind fiktive Schulden, da sie aus der Rechnungsführung der bestehenden DDR entnommen sind und beim Untergang des Staates eigentlich gelöscht hätten werden müssen.

Zugleich ist die BRD Gläubiger anderer Staaten, die beim bundesrepublikanischen Staat verschuldet sind, so etwa Österreich, Ungarn, Polen etc., die dem deutschen Staat zu einem Teil schon faktisch gehören. Etwas populärer drückt es der Journalist Paul C. Martin in der Zeitung »Die Welt« im Jahr 1981 aus. Auf die Frage, wie Polen seine riesigen Schulden

beim deutschen Staat eines Tages abzahlen sollte, antwortete er: »Dann nehmen wir uns eben Schlesien.«

Die weltweite Verschuldung der kleineren und schwächeren Staaten hat zur Folge, daß sie hohe Zinsen zu zahlen haben in den Währungen der größten Imperialisten und ständig alles daran setzen, z.B. DM zu bekommen, in DM abzurechnen und zu handeln, ihre Zentral- und Notenbanken den Imperialisten zu überlassen. Dadurch wird ihre eigene Währung nicht nur unbedeutender, sondern ihr Währungsverfall führt dazu, daß sie noch mehr Zinsen, noch mehr eigenes Nationaleinkommen ihres Landes an die Imperialisten, an die BRD, überweisen müssen, bis dahin, daß ihre Nationalwährung Null und nichtig wird und die Fremdwährung in ihrem Land die Sozialökonomie wie das ganze Land bestimmt. Diese hochverschuldeten Staaten sind gezwungen ihren Nationalreichtum zu verschleudern, zu privatisieren und zu liquidieren. Diese Schuldnerstaaten können ihre gesamtgesellschaftlichen Aufgaben weniger wahrnehmen als je zuvor. Entwickelte der Kolonialismus noch Produktionsstätten und ein Proletariat durch den Bau von Verkehrswegen und Bergwerken etc., so schlägt der Imperialismus das alles kurz und klein, und diese Länder finden sich ökonomisch gesehen immer mehr im frühstaatlichen Feudalismus und politisch im Protektorat wieder. Nicht mit Kanonen, sondern über die Währung mittels der Staatsschulden. Die Revolution wird diesen Völkern immer mehr erschwert und ebenso der revolutionäre und sozialistische Aufbau.

Die innere Staatsverschuldung besteht aus dem fiktiven Kapital, das nicht zur Produktion verwandt wird, sondern ständig Zins und Zinseszins abwirft und das Volk täglich verarmt. Was ist die Folge davon, daß über  $\frac{1}{4}$  des Staatshaushaltes in der BRD als Zinsen in die Banktresore fließen? Der Staat kommt seinen gesamtgesellschaftlichen Aufgaben innerhalb des Kapitalismus in immer geringerem und immer kleinerem Maße nach. Die Verwertung des produktiven Kapitals wird dadurch erschwert, die Kanalisationen in den Großstädten verrotten, die Bahn funktioniert immer weniger, der staatliche Wohnungsbau ist eingestellt. Ebenso ist die Staatsverschuldung ein Punkt für die Privatisierung von Bahn und Post und Müllabfuhr etc.

## II.

Der Steuerzahler, das Proletariat, die Bauern und Angestellten haben *kein* eigenes Interesse daran, daß die vorhandene Staatsschuld abbezahlt wird oder sich verkleinert. Denn jede Verkleinerung der schon angehäuften inländischen Schulden des Staates macht die Finanzoligarchie noch reicher durch die Aneignung eines weiteren Teils des Nationaleinkommens. Die Haltung des Proletariats und ihrer Gewerkschaften kann nur sein, die Finanzkapitalisten sollen auf ihren Staatsanleihen sitzen bleiben. Keine weitere Auszahlung von Seiten des Staates an die Gläubiger, die Banken. Verweigerung der Zinszahlung an die Banken. Nichts anderes raten wir auch den kleinen und geschröpften Schuldnerstaaten der BRD. Keine weitere Ausplünderung des Volkes in der BRD, keine weitere Ausplünderung der geknechteten Völker anderer Länder durch die BRD. Soll dieser Staat doch pleite gehen, es trifft nur die Kapitalisten. Aber nur dann, wenn die Arbeiterklasse den Kampf gegen die erneute und erweiterte Umverteilung zuungunsten der Monopolisten und zu seinen ureigensten Gunsten aufnimmt. Was hat es die Arbeiterklasse zu berühren, wenn der Staat bei den Banken in der Kreide steht, ist doch der Staat der Staat der Banken und anderer Monopolisten? Warum soll das Proletariat dafür sein, daß 30 Milliarden in Form von Zins die Monopolbourgeoisie aus dem vom Proletariat geschaffenen Nationaleinkommen erhält? Warum sollen das Proletariat, die Bauern und Angestellten weiter verarmen, nur um den deutschen Banken Profite in die Kassen zu scheffeln? Die sie dann in Form von weiteren Anleihen dem Staat aufzwingen, um dann noch mehr die Werktätigen die vergrößerten Staatsschulden begleichen zu lassen.

Das muß der Kampftruf des Proletariats sein:

*Kein Pfennig für Schuld- und Zinstilgung!*

*Sofortige Aussetzung der Zinszahlung des Staates an die Gläubigerbanken!*

*Keine Mark weiter für die Umverteilung des Nationaleinkommens an die Gläubiger!*

Allein das Einfrieren der Zinsen an die Räuber des Nationaleinkommens bringt dem Staat über Tausende Milliarden in die Kasse. Die geringste Haltung einer Gewerkschaft ist, daß die Zinsen des Staates an die Banken von 8 % auf den Satz der Sparbuchzinsen von 2–3 % zu senken sind.

Dies würde dazu führen, daß die Zinseszinsen auf die derzeitigen 1200 Milliarden Mark Bankkredite in den nächsten Jahren nicht auf 2400 Milliarden Mark wachsen, sondern auf 1550 Milliarden Mark, also eine Einsparung pro Jahr von 90 Milliarden Mark, beziehungsweise die Summe von 3 Sparpaketen jährlich.

Dem Proletariat und seinen Gewerkschaften kann es auch nicht gleichgültig sein, daß sich der Staat immer mehr und erneut verschuldet bei den Banken, und dies nicht nur dadurch, weil durch wachsende Kredite der Reichtum der Banken wächst und der sich ausdrückt im Sinken der gesamtgesellschaftlichen Ausgaben des ideellen Gesamtkapitalisten, sondern der Arbeiterklasse kann es ganz und gar nicht egal sein, ob der Staat innerhalb des Kapitalismus Schienennetze baut oder verkommen läßt, ob er die Verstaatlichung rückgängig macht und individual privatisiert wie bei Post und Bahn. Eine Klasse, die nicht dagegen kämpft, daß ein kleiner Teil der Monopolbourgeoisie sich einen immer größeren Anteil am National-einkommen durch die Staatsverschuldung sichert, wird sich die Revolution kaum erkämpfen können. Denn der Kampf der Arbeiterklasse ist allemal erfolgreicher zu führen gegen einen Kapitalisten in Form des Staates als gegen hunderte, mit einer riesigen Arbeiterarmee bei einer Staatsbahn, als mit vielen kleinen Belegschaften in vielen Kleinbetrieben. Zudem ist von großer Bedeutung, wie dieses Land nach der Erhebung der Arbeiterklasse, nach der Revolution ökonomisch dasteht. Ob die Diktatur des Proletariats unter den schlechtesten ökonomischen gesellschaftlichen Bedingungen beginnt, was den Aufbau des Sozialismus ungeheuer erschwert, oder ob das Proletariat dagegen kämpft beim Herankommen an die Revolution, den ideellen Gesamtkapitalisten Staatsschulden auf Kosten des Proletariats und zuungunsten der Ökonomie machen zu lassen.

Sofortige Senkung der direkten und indirekten Steuern, die von den Werktätigen aufgebracht werden! Neben dem Kampf des Proletariats gegen die Staatsschulden, gegen ihre Zinsleistung zur Bereicherung weniger Monopolisten ist das Proletariat gut beraten, wie in alter Zeit auch die Kapitalsteuern und Vermögenssteuern der Bourgeoisie nicht zu schenken. Insbesondere einer Bourgeoisie, die von allen Bourgeoisien der kapitalistischen hochindustrialisierten bzw. imperialistischen Ländern die gering-

sten Steuersätze entrichtet. Dies lindert nicht die Staatsschulden und ihre Verzinsung, aber das Nationaleinkommen der Gesellschaft wird nicht ausschließlich und alleine wie zur heutigen Stunde vom Volk getragen. Der Kampf gegen die Zinszahlung und die Verschuldung, also die Umverteilung des Nationaleinkommens an die Monopolbourgeoisie, ist die Antwort auf die Sozialdemokratie mit ihrem 30 Milliarden-Schuldeneintreibpaket. Er ist auch eine Antwort darauf, wie heute der Kampf um einen gesetzlichen Erlaß um die dringendsten 7 Forderungen<sup>2</sup> geführt werden muß. Unter den heutigen Bedingungen im Proletariat wird es so sein: Nur wer versteht, daß dieser Staat reich ist und nicht verschuldet, der wird aufbegehren und kämpfen. Es handelt sich um einen Kampf gegen den Staat, den wir in den Mittelpunkt unserer täglichen gewerkschaftlichen und betrieblichen Arbeit zu stellen haben. Dies wiederum bringt uns auch einen besseren Boden für die minimalen 7 Forderungen.

Die Ortsgruppen sind aufgefordert, die Frage der Staatsverschuldung und die Organisierung des Proletariats in der Staatsfrage auf ihrem Plenum erneut zu erörtern, die Kampfaufgaben des Tages festzulegen und damit in den Betrieben und Gewerkschaften zu arbeiten, wie die Programmatik der Organisation, wie unerläßlich und dringend es ist, die Banken zu enteignen und den kapitalistischen Staat zu stürzen und an seiner Stelle den proletarischen Staat und die Vergesellschaftung des Reichtums und des Nationaleinkommens unter dem Proletariat zu agitieren und aufzuklären.

*Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD  
– Zentralkomitee –*

---

<sup>2</sup> Gewerkschaftsforderungen: »Das Machbare machen. Gesetze für die Arbeiter jetzt. Das fordern wir: *Aufhebung aller Gesetzesnovellierungen im Gesundheitswesen seit 1982 / Aufhebung aller Verschlechterungen bei den Renten / Aufhebung aller Verschlechterungen bei der Erwerbslosenstütze seit 1982 / Gesetzliche Lohnfortzahlung mit 100% / Gesetzliche Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich / Die Arbeiterkassen wieder in Arbeiterhand / Obligatorisch angetragene Staatsbürgerschaft für alle, die hier leben. Abschaffung der deutschen Blutsstaatsbürgerschaft.*«

## BALKANKONFERENZEN UND PROTEKTORATSERKLÄRUNGEN

*Dokument der Plenartagung des ZK, August 1999*

Der »Stabilitätspakt für Südosteuropa« auf der Grundlage der »Erklärung des Gipfels von Sarajewo«<sup>1</sup> bedeutet die Fortsetzung der Unterminierung der Nationalstaaten in Südosteuropa. Der Luftkrieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien hat auch die umliegenden Anrainerstaaten ungeheuer geschwächt. Nach dem Wegbrechen ihrer Haupthandelspartner UdSSR, DDR und der Zersetzung Jugoslawiens in den letzten Jahren und Monaten stehen sie nun vor einem weiteren Fiasko. Ein Drittel ihres Außenhandels tätigten sie mit Jugoslawien, das ihnen über Nacht weggebombt wurde. Das Diktat des Stabilitätspakts raubt ihnen real die eigene Währung (ihre Nationalwährung wird immer mehr zu einem Spielgeld), dieses Diktat verwehrt ihrer Notenbank, den Staatshaushalt zu finanzieren und die äußerst schwachen nationalen Bourgeoisien werden ihre Zentralbanken nicht mehr beherrschen. So schrieb z.B. das Handelsblatt vom 5.8.99: *»Der Notenbank wird verwehrt, den Staatshaushalt zu finanzieren ... in der strikten Version des Currency Boards ... Ein strenges Währungsregime kann auch Machtmißbrauch und Korruption mildern, wenn die politische Klasse nicht mehr die Zentralbank beherrscht ... Der schnellste Weg für die Länder der Balkanregion, sich eine stabile Währung zuzulegen, wäre die sofortige Übernahme des Euros oder einer Teilnehmerwährung (zum Beispiel der D-Mark) ...«* Diese Länder finden sich wieder in der Situation der DDR vom Juli 1990, als die BRD mittels einer »Währungsunion« der DDR ihre eigene Nationalwährung nahm. »Der radikalste Weg zur Übernahme Ostdeutschlands«, so Philipp Zelikow.

---

<sup>1</sup> Erklärung des Gipfels von Sarajewo. Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, 3. August 1999, S. 493.

Die Staaten Südosteuropas haben ihr politisches System dem Diktat der zwei großen, der BRD und der USA, aber auch in einem gewissen Sinne England und Frankreich zu unterwerfen bis hinunter in ihre Verwaltungsebenen. Sie müssen ihren Nationalstaatsapparat den Imperialisten unterstellen bis dahin, daß die Imperialisten diktieren, wie ihre »verantwortungsvolle Regierungspolitik« auszusehen hat. Ihre Nationalökonomien haben sie den imperialistischen Konzernen zu unterstellen, profitabel zu privatisieren und wo sie dem Imperialismus Konkurrent sind, zu liquidieren. Ihr nationaler Gewaltenapparat, die Polizei, die Justiz und Armee werden von den Imperialisten neu geordnet und ihrem eigenen Gewaltenapparat unterstellt. Die Außenpolitik bestimmen die Protektoratsverwalter gleich mit. Die Staatsgrenzen, das Völkerrecht auf Unversehrtheit der Grenzen werden diese Staaten nicht mehr schützen, denn sie sollen »nicht mehr eine Trennung bedeuten«. Die Bundesrepublik Jugoslawien wird offen und kriegerisch bedroht, ein Teil ihres Landes wie Montenegro schon als unabhängige »Republik« aufgeführt, was auf die weitere Zerschlagung und Zerstückelung Jugoslawiens hinausläuft. Mit den südosteuropäischen Staaten wurden nicht einmal Verträge abgeschlossen, geschweige völkerrechtsverbindliche Verträge angeboten, sondern ihnen wurde einfach die »Erklärung des Gipfels von Sarajewo« mitgeteilt. Die betroffenen Staaten hatten dieses Diktat zu begrüßen und sich zu unterwerfen. Daß sie sich diesem Diktat unterwarfen, zeigt ein weiteres Mal, was die Zerstörung des Sozialismus durch den Revisionismus in diesen Staaten angerichtet hat, wie schwach und hilflos die neue, kleine Nationalbourgeoisie dieser Länder ist.

Der Balkanpakt greift nicht nur die aufgeführten Staaten wie Bulgarien, Rumänien, Albanien oder das abgetrennte Mazedonien etc. an und unterwirft sie dem Balkanprotektorat. Auch Griechenland und Italien können bei Gelegenheit darunter fallen, da der »Raum Südosteuropa« bewußt nicht definiert und eingegrenzt wird. Oder wie es ein Regierungsbeamter im Auswärtigen Amt der BRD ausdrückte: Dies mache gerade den »Charme des Paketes aus«.

Der Balkanpakt sanktioniert alle bisher illegal durchgeführten Angriffe auf die Souveränität der osteuropäischen Staaten, wie sie die BRD bisher durchgeführt hat. Er ist völkerrechtswidrig und setzt die mit der Annexion der DDR begonnene Praxis fort.

Eine Schwächung erfährt der deutsche Imperialismus dadurch, daß die USA jetzt in einem Gebiet mit drin sind, das zuvor die BRD als ihre eigene Domäne ständig angegriffen und unterminiert hat, aber keine anderen Imperialisten als Konkurrenten zu fürchten hatte.

*Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD  
– Zentralkomitee –*

NICHT BEGRABEN SEIN,  
MÖCHTE ICH HIER

*Erklärung der Plenartagung des ZK, August 1999*

Hätte er in seinem Leben nichts anderes geleistet, als dies: Daß er sitzenblieb wie ein Mann, während der herrschende Abschaum dieses Staates hochsprang von den Stühlen der Paulskirche und dem Walser zujubelte, der Auschwitz für Null und nichtig, vergeben und vergessen erklärte, hätte also Ignatz Bubis in seinem Leben nichts anderes geleistet, er verdiente allein dafür den Titel eines Gerechten der Völker. Daß man nichts Großes tun muß in diesem Land, um ein großer Mensch zu sein, daß aber das Selbstverständliche, das Anständige, das Kleine, großen und andauernden Mut braucht, hat Ignatz Bubis uns gezeigt. Am Ende seines Lebens hat er, der sich die Versöhnung vorgenommen hatte, die Nüchternheit, um festzustellen, er sei unversöhnt geblieben unter uns. Nicht einmal begraben, möchte er hier sein. Wir nehmen Abschied von Ignatz Bubis. Ein »Kaddisch« für den Gerechten können wir nicht beten, wir haben es nicht gelernt. Aber das Lied der Moorsoldaten, das können wir.

*Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD  
– Exekutivkomitee –*

---

Eine Bitte an die Völker Europas  
LIEGT TROJA UNTERM KURFÜRSTENDAMM?

*Dokument der Plenartagung des ZK, August 1999*

Im Jahre 1873 plünderte ein gewisser Heinrich Schliemann an einem Ort, den er für das antike Troja hielt, Gräber, die vermutlich mehr als viertausend Jahre alt sind. Das geraubte Gold, das Herr Schliemann in seiner begeisterten Gier für den »Schatz des Priamos« hielt, schmuggelte er ins wilhelminische Berlin. Weihevoll vermachte er seinen Diebstahl »dem deutschen Volke«. Heinrich Schliemann wurde zur intellektuellen Leitfigur einer Epoche, die solide Halbbildung, anmaßenden Nationalismus und geschäftliche Gerissenheit glücklich vereint.

»Es ist ein armseliges, kleinliches Ideal, für eine Nation zu schreiben.«  
(Schiller in einem Brief an Körner)

Schliemann bewies ein souveränes Verständnis dafür, daß es ganz gleichgültig ist, ob das große Troja unter einem türkischen Steinhaufen oder unter dem protzigen Kurfürstendamm begraben ist: Die großen Werke der Kultur haben keine nationalen Besitzer, sie gehören den Völkern der Welt, sie sind das Erbe unserer Zukunft. Allerdings brauchen die großen Werke der Kultur Wächter, die sie hüten und schützen und sie zugänglich machen für jedermann.

War Beethoven ein Pole?

»Zusammen mit den Fragmenten der Beethoven-Urschrift (der Achten Symphonie ) hat man 1941 nach den ersten Bombenangriffen auf Berlin etwa 20000 Notenhandschriften von Bach, Mozart, Mendelssohn-Bartholdy und Schubert in die Benediktinerabtei Grüssau in Schlesien

ausgelagert, dazu Briefe und Nachlässe unter anderem von Goethe, Herder, Hoffmann von Fallersleben, Humboldt, Kleist, Kant, Lessing und Schiller. 1945 wurde aus Grüssau Krzeszow – die Kostbarkeiten befanden sich ohne polnisches Zutun nunmehr auf polnischem Gebiet. Seit Jahren signalisiert Polens Regierung die Bereitschaft zur Rückgabe, macht aber keinen Hehl daraus, daß sie die wertvollen Handschriften als Faustpfand im Streit um die Rückgabe polnischer Kunstschatze betrachtet, die von den Nazis geraubt worden sind, oder als Schadensersatz für vernichtete Werke. In der Tat hat Polen auf diesem Gebiet ungeheure Verluste erlitten. Zwei Drittel des gesamten Bibliotheksbestands haben den Krieg nicht überdauert. Handschriften und Nachlässe größter polnischer Schriftsteller wie Mickiewicz, Slowacki, Sienkiewicz, Norwid, Wyspianski, Chopin endeten nach dem Warschauer Aufstand auf dem Scheiterhaufen. Ähnlich erging es den Warschauer kartografischen Sammlungen, so »daß die Berliner Staatsbibliothek heute über reichere Bestände an historischen polnischen Stadtplänen verfügt als alle polnischen Archive zusammen.« (Zeit Nr. 32, 5.8.99 S.9)

»Kulturgüter sicherstellen, die zur Erforschung der Tätigkeit der Gegner des Nationalsozialismus und für die nationalsozialistische Forschung geeignet sind.« (Direktive des Reichsleiters Rosenberg für den Abtransport ungezählter Tonnen von Büchern und anderen Kulturgütern aus der Sowjetunion nach Nazideutschland)

Als im Juni 1945 Sowjetsoldaten den »Schatz des Priamos« in Holzkisten verpackten und nach Moskau abtransportierten, zogen die Völker der Welt damit nur die Konsequenz daraus, daß sich der deutsche Imperialismus als völlig ungeeignet erwiesen hatte, das kulturelle Erbe der Menschheit, soweit es sich in seiner Hand befand, zu schützen und es zugänglich zu machen für jedermann. »Der Faschismus verbrennt Bücher. So ist er.« (Heinrich Mann) Heute fordert Großdeutschland das, was es, ganz in Schliemannscher Rede- und Denkweise, »Beutekunst« nennt, von der ehemaligen Sowjetunion und anderen osteuropäischen Ländern zurück. Mit keinem anderem Recht als dem der soliden Halbbildung, dem anmaßenden Nationalismus und der geschäftlichen Gerissenheit, inzwischen vermehrt um Auschwitz und Buchenwald.

Was man damals verbrannte, wird heute abgewickelt.

Mit der Annexion der DDR bewies der deutsche Imperialismus, wie sehr er sich geläutert hatte. Dieses Mal wurden die Bücher nicht verbrannt, sondern untergepflügt. Kein Albert Einstein wurde wegen un-deutscher Physik vertrieben, statt dessen wurden Kultur und Wissenschaft samt den dazugehörigen Wissenschaftlern »abgewickelt«:

»Nach vorliegenden Schätzungen sind bis Ende 1991 mehr als 50 % der ehemaligen Wissenschafts- und Forschungslandschaft (inkl. Industrieforschung) der ehemaligen DDR institutionell oder personell liquidiert. Von 80 000 Industrieforschern arbeiten nur noch 20 000 in der Wirtschaft des Ostens. Das ist ein Vorgang, der in der europäischen Geistesgeschichte ohne Beispiel ist.« 70 000 Wissenschaftler der DDR werden überflüssig gemacht, mit Renten unter dem Sozialhilfeniveau. Die Geisteswissenschaften haben ausgedient Aber nicht nur sie. Abgewickelt wurde unter anderem:

- Der Bereich Hoch- und Fachhochschulpädagogik und das Institut zur Ausbildung von Ingenieurspädagogen der Universität Chemnitz,
- der Bereich Ethik und Sozialwissenschaften der Pädagogischen Hochschule Leipzig,
- die gesamte Deutsche Hochschule für Körperkultur und Sport,
- das Institut für Sozialhygiene, die Abteilung für Epidemiologie und die Abteilung für Pathologische Anatomie der Friedrich-Schiller-Universität Jena,
- die Fachhochschule Ilmenau/Suhl mit ihren Abteilungen Plasmatechnik Meiningen, das Technikum Feinmechanik-Optik-Elektronik,
- das Institut für Pädagogische Psychologie der Universität Greifswald,
- das Institut für Sozialhygiene und Gesundheitsinformation Cottbus,
- das Institut für Tierärztliche Lebensmittelhygiene Dahwitz/-Hoppegarten,
- das Zentralinstitut für Apothekenwesen und Medizintechnik Frankfurt/Oder,
- das Meteorologische Institut (Umweltmeteorologie) Lindenberg/-Potsdam,
- das Institut für Ökonomie des Ressourcenschutzes, Potsdam
- das Staatliche Institut für Epizytologie und Seuchenbekämpfung, Wusterhausen,

- das Institut für angewandte Tierhygiene,
- das Forschungszentrum für Bodenfruchtbarkeit, Müncheberg,
- die Ingenieurschule Berlin-Wartenberg ...

»Hier wird«, stellte die Süddeutsche Zeitung damals fest, »mit kühler Geste eine komplette Hochschullandschaft zu Trümmern zerschlagen. Wie anders kann man es nennen, wenn aus 52 Universitäten künftig 10 werden sollen und aus 270 Fach- und Ingenieurschulen 20, in Worten: zwanzig.« (Süddeutsche Zeitung 13./14.7.1991)

»Die Deutschen haben unsere Bibliotheken verbrannt, wir haben ihre gepflegt und erhalten.« (Der Direktor der Jagiellonen-Bibliothek in Krakau, wo Beethovens Handschrift der Achten Symphonie aufbewahrt wird)

Kein »Schatz des Priamos«, keine Handschrift Beethovens, nichts ist vor den deutschen Beutemachern sicher. Solange das so ist, solange wir das nicht ändern konnten, solange können wir die anderen Völker nur bitten: Verschließt Eure Museen, verrammelt Eure Archive, vernagelt Eure Schlösser und Kirchen vor den Grabräubern und Bücherverbrennern aus Berlin. Behaltet und beschützt, was Eure Soldaten dem deutschen Faschismus entreißen konnten.

Liefert dem Vierten Reich nicht aus, was Ihr vor dem Dritten gerettet habt. Solange dieses Land seiner Schande nicht gedenken kann, solange ist es ein schlechter Hüter der Achten Symphonie.

*Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD  
– Zentralkomitee –*

*Grußadresse  
an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Vietnams*

## HO CHI MINH, GEBOREN AM 18. MAI 1890

Die bewohnbare Erde war immer eine Kugel – und dennoch wissen die Menschen das und richten sich danach erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit. Jene, die als erste aussprachen, was ist, wurden verbrannt dafür. Fünfhundert Jahre später beginnt die Menschheit, zögernd und nur unter Überwindung mächtiger Widerstände, einzusehen, daß die Erde nicht nur rund ist, sondern daß wir noch eine Handvoll anderer, einfacher Selbstverständlichkeiten begreifen müssen, um sie auf Dauer bewohnbar zu machen und vernünftig einzurichten. Die Unterrichtsstunden für die Völker in diesem zu Ende gehenden Jahrhundert heißen nach ihren Siegen. Viele tragen die Namen von Siegen des vietnamesischen Volkes: Dien Bien Phu etwa, oder Saigon, 24. April 1975. Die Lehrer heißen Ho Chi Minh, und ihre Lehre besteht darin, das Selbstverständliche, nach dem wir uns richten müssen, das Erkennbare, das Einfache auszusprechen, das schwer zu machen ist:

»Ungeachtet der Schwierigkeiten und Entbehrungen wird unser Volk gewiß den Sieg davontragen. Die amerikanischen Imperialisten müssen sich mit Gewißheit aus dem Staube machen. Unsere Landsleute in Nord und Süd werden gewiß wieder unter einem Dach vereint sein. Unser Land wird die vorzügliche Ehre haben, im heroischen Kampf zwei große imperialistische Mächte, die französische und die amerikanische, besiegt und einen würdigen Beitrag zur nationalen Befreiungsbewegung geleistet zu haben«.

Das Volk Vietnams kann aus seinen Siegen lernen: »Unsere Flüsse, unsere Berge, unsere Menschen werden immer bleiben, ist der Yankee geschlagen, erbauen wir das Land zehnmal schöner als je«. Wir dagegen

müssen erst noch aus unseren Niederlagen lernen. Nach der Annexion der DDR zerzt der deutsche Imperialismus Europa an den Rand eines dritten Weltkriegs. Ob Europa bewohnbar zurückbleibt, wenn wir ihn nicht daran hindern können, ist ungewiß.

Genossen und Brüder: Wir wünschen Euch und uns Glück auf dem Weg Ho Chi Minhs.

*29. April 2000*

*Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD*

*– Exekutivkomitee –*

---

## MILITARISIERUNG VON STAAT UND GESELLSCHAFT

*Dokument der Plenartagung des ZK, Juli 2000*

Die sozialdemokratisch geführte Regierung hat ein umfassendes Programm zur Militarisierung von Staat und Gesellschaft vorgelegt und wesentliche Bausteine dazu in einer Broschüre veröffentlicht: »Bundeswehr und Wirtschaft – Eine strategische Partnerschaft auf dem Weg in den modernen Staat«, herausgegeben vom Bundesministerium der Verteidigung. Im Volk freilich sind diese Pläne (die z.T. bereits verwirklicht, zum Teil im Zuge der Verwirklichung sind) weitgehend unbekannt, bis weit in die Gewerkschaften hinein werden sie entweder nicht wahrgenommen oder völlig falsch interpretiert. Sie werden interpretiert als eine »Zivilisierung« der Bundeswehr und eben nicht als eine Militarisierung, als vertragliche Indienststellung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft für die Kriegs- und Rüstungspläne des deutschen Imperialismus.

Nichts ist falscher als diese Sichtweise einer angeblichen Zivilisierung der Bundeswehr, die übrigens von den Pläneschmieden durchaus gewollt erzeugt wird, wenn da etwa die Rede ist von »modernen Managementmethoden«, von gedeihlicher Zusammenarbeit der Bundeswehr mit Ländern, Kreisen, Gemeinden und Unternehmen,<sup>1</sup> oder wenn der Inspekteur des Sanitätswesens der Bundeswehr, Generaloberststabsarzt Dr. Demmer davon schwadroniert, das »Aufgehen des Sanitätswesens der Bundeswehr im zivilen Gesundheitswesen würde zur Zivilisierung des Militärs führen.«<sup>2</sup> In Wirklichkeit bestätigen die abgeschlossenen und noch abzuschließenden Verträge auf Grundlage von generell vereinbarten Kooperationsverträgen erneut das Programm des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD,

---

<sup>1</sup> Siehe das Vorwort der Broschüre »Bundeswehr und Wirtschaft – Eine strategische Partnerschaft auf dem Weg in den modernen Staat« (im folgenden »Bundeswehr und Wirtschaft«), S. 5

<sup>2</sup> Volker Mörbe: Bundeswehr im Krankenhaus. Rede auf dem Ostermarsch 2000 in Stuttgart

in dem es heißt: »Die Monopole ordnen sich den Staatsapparat unter, benutzen ihn zur Einmischung in die Wirtschaft, zur Ausplünderung der Werktätigen mit Hilfe der Steuern, zur raschen Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums im Interesse der Monopole und zur Militarisierung der Wirtschaft.«<sup>3</sup>

Denn auch das von Scharping gemalte Bild einer Eindämmung der gesellschaftlichen Verschwendung in der Rüstungswirtschaft durch das segensreiche Wirken von Marktwirtschaft und Konkurrenz ist Lüge. Schon 1991, auf dem 6. Fürstenfeldbrucker Symposium zwischen Monopolen und Bundeswehrführung konnte Ministerialdirigent Roy, Beschaffer im Verteidigungsministerium, die um ihre Monopolprofite<sup>4</sup> besorgten Herren vollständig beruhigen: »Forschung und Technologie der Rüstungswirtschaft sollen mit Mitteln des Verteidigungshaushaltes weiterentwickelt werden, denn die Wirtschaft könne nicht erwirtschaften, was die Rüstungswirtschaft braucht. Also keine Marktwirtschaft, sondern staatliche Planwirtschaft...«<sup>5</sup>

In der Tat kann und muß man die Pläne zur umfassenden Militarisierung von Staat und Gesellschaft, wie sie jetzt Wirklichkeit werden, bis weit in die Regierungszeit Kohls zurückverfolgen. Geschmiedet und vorbereitet wurden diese Pläne gleich nach der Annexion der DDR, als Kohl davon sprach, Deutschland habe mit seiner Geschichte abgeschlossen und könne jetzt wieder seine Weltmachtrolle wahrnehmen.<sup>6</sup> Daß »Deutschland wieder normal« werden und die Bevölkerung wehrbereit gemacht werden müsse, hatte schon besagtes Fürstenfeldbrucker Symposium gefordert,<sup>7</sup> und das hieß: Her mit der Volksgemeinschaft. Das blieb und bleibt nicht stehen bei der »Entsorgung« deutscher Vergangenheit durch Walsers Paulskirchenrede oder das Opferbeseitigungsgesetz zur sogenannten Zwangsarbeiterentschädigung. Das wird ganz praktisch und eingreifend für das tägliche Leben des Volkes. Um den Zusammenhang zwischen Wehrhaftigkeit und kuschender oder ruhig gehaltener Arbeiterklasse weiß schließlich auch die Weizsäcker-Kommission zur Zukunft der Bundeswehr, wenn sie feststellt,

<sup>3</sup> Programm des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD, München 1994, S. 10

<sup>4</sup> Rüstungsproduktion ist in jedem Sinne des Wortes eine todsichere Quelle von Maximalprofit. Hier kauft der ideelle Gesamtkapitalist den Monopolen nicht nur die Produkte zu weit über dem Wert liegenden Preisen ab; er schießt auch die Entwicklungskosten, die sonst aus Kapitalvorschuß zu leisten wären, aus Steuergeldern vor.

<sup>5</sup> Ulrich Sander: Szenen einer Nähe. Vom großen RechtsUm bei der Bundeswehr, Bonn 1998, S. 10

<sup>6</sup> Regierungserklärung Helmut Kohls, Januar 1991

<sup>7</sup> Ulrich Sander: Szenen einer Nähe, a.a.O., S. 9ff.

»gefestigte innergesellschaftliche Strukturen« seien »Voraussetzung dauerhafter Sicherheit«.<sup>8</sup>

Geschmiedet also bereits unter der Kohl-Regierung (so geht auf jeden Fall z.B. die angestrebte Indienststellung des Gesundheitswesens für die Zwecke der Kriegsvorbereitung mindestens auf Pläne von 1997 zurück), werden diese Pläne jetzt durchgeführt von der Schröder-Regierung, und so bestätigt sich auch hier wieder die Aussage unseres Programms: *»Sozialdemokratismus – das ist der heuchlerische Pazifismus – ist die tatkräftige Unterstützung des Militarismus, der imperialistischen Kriege und der Wiederaufrüstung in unserem Land.«*<sup>9</sup>

Bereits der Titel, unter dem das Kriegsministerium seine Pläne veröffentlicht, ist Programm – »eine strategische (sic!) Partnerschaft auf dem Weg in den modernen Staat«. So uneinsichtig es scheinen mag, daß es für den Weg in den »modernen Staat« des militärischen Instruments der Strategie bedarf, so richtig ist es dennoch. Handelt es sich doch in der Tat um einen Plan von Kräfteanordnung für den nächsten Krieg. Einen Plan, in dem sich die Erfahrungen der deutschen Monopole und ihres Staates in ihrer Kriegsgeschichte widerspiegeln. Sehr wohl erinnern sie sich ihres Mankos im 1. imperialistischen Weltkrieg, als sie den umfassenden militaristischen Zugriff auf die Wirtschaft erst mitten im Krieg vornahmen, eines Mankos, dem sie beim zweiten Anlauf bereits in der Kriegsvorbereitung u.a. mittels der faschistischen Vierjahrpläne zu steuern suchten. Und der moderne Staat, der angestrebt und angekündigt wird, stellt sich heraus als der Versuch, was in den 30er Jahren noch das Mittel der faschistischen Gewaltherrschaft brauchte, ohne diese offene terroristische Gewaltherrschaft herzustellen; als ein Staat, in dem die Volksgemeinschaft aus dem Bereich der Ideologie heraustritt und praktische und faktische Wirklichkeit wird, die tief in das Leben und die Arbeit des Proletariats eingreift.

Es handelt sich in der Tat um die tiefstgreifende Militarisierung der Gesellschaft seit der Remilitarisierung Westdeutschlands, und der ehemalige bundesrepublikanische Botschafter in Italien und den Niederlanden, Hans Arnold, hat völlig recht, wenn er diesen Plänen schon 1996 *»politisch,*

---

<sup>8</sup> Siehe die Kurzfassung des Berichts der Weizsäcker-Kommission, abgedruckt in der Frankfurter Rundschau vom 24.5.00

<sup>9</sup> Programm des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD, a.a.O., S. 39

*militärisch und unter ethischen Gesichtspunkten die Qualität einer zweiten Wiederbewaffnung*« zuschreibt.<sup>10</sup> (Die erste Wiederbewaffnung allerdings konnte nur in erbittertem Klassenkampf durchgesetzt werden: 9.119.667 unterschrieben gegen sie, am 22.1.1955 legten in einem ganztägigen Streik dagegen 800.000 Berg- und Hüttenarbeiter das Ruhrgebiet lahm. Gegen die Kämpfer gegen eine erneute Bewaffnung des deutschen Imperialismus wurden 35.189 Ermittlungsverfahren angestrengt und in 425 Prozessen 1012 Jahre Gefängnis verhängt. Die Arbeiter sollten sich gut daran erinnern, statt diesen Kampf heute stillschweigend zu verraten!)

Da wird ganz offen der Tatsache Rechnung getragen, daß Entwicklung der Produktivkräfte im Imperialismus Entwicklung der Fähigkeit zu Krieg und Zerstörung bedeutet: *»Die deutsche Industrie besitzt weltweit anerkannte technologische Kapazitäten und Managementfähigkeiten. Sie gilt es in einer Phase der europäischen Restrukturierung (!) und der Globalisierung der Wirtschaft auch durch Unterstützung der Investitionsfähigkeit der Bundeswehr zu erhalten.«*<sup>11</sup> Nur so, so der Rahmenvertrag *»Innovation, Investition und Wirtschaftlichkeit in der Bundeswehr«*, könne heute noch *»industrielle Kernkompetenz«* gesichert werden.<sup>12</sup> In einer Reihe von *»Pilotprojekten«* wird die engste Verzahnung von Militärmaschinerie und Wirtschaft vorbereitet und erprobt, darunter:

- Ein *»Verkehrs- und Transportverbund Bundeswehr«*: *»Ziel ist, die vorhandenen zivilen und militärischen Transportkapazitäten effizient zu nutzen.«*<sup>13</sup>
- *»Schaffen eines allgemeinen flächendeckenden und leistungsstarken Kommunikations- und Datennetzes (Festnetz einschließlich Mobilfunkanteil) unter Nutzung von in der Industrie bzw. in der Wirtschaft vorhandenen Fähigkeiten und Kapazitäten.«*<sup>14</sup>
- Kooperation mit privaten Unternehmen schon bei der *»regionalen Friedensversorgung«* mit Endverbrauchsgütern und Munition.

<sup>10</sup> »Die Zeit«, 8.11.96

<sup>11</sup> Bundeswehr und Wirtschaft, S. 6

<sup>12</sup> Ebda. S. 22

<sup>13</sup> Ebda. S. 23

<sup>14</sup> Ebda. Wobei gleich eines der Ziele des Krieges gegen die BR Jugoslawien mit ausgeplaudert wird, wenn es heißt: *»Als Teil dieser Maßnahme wird die volle Interoperabilität der im Kosovo eingesetzten Fernmeldesysteme unter Ergänzung durch moderne Mobilfunktechnik hergestellt.«* (Ebda.)

- Am weitesten gediehen ist die Indienstellung der Deutschen Post AG. Sie soll in Zukunft eingespannt werden zur Versorgung des Militärs mit Bekleidung, und zwar sowohl durch ihre Transportkapazitäten der Deutschen Post World Net als auch auf der Grundlage der bereits engen Zusammenarbeit der Post mit der Bekleidungsindustrie bei der Ausstattung der 150.000 Postbediensteten mit Uniformen.<sup>15</sup> Postboten und Krisenreaktionskrieger, eingekleidet und versorgt aus den selben Quellen – das ist demnächst Realität.

Freilich: der tiefste Eingriff des Militarismus in die gesamte Gesellschaft erfolgt beim Arbeiter selbst. Die historische Errungenschaft des freien Lohnarbeiters, die Freiwilligkeit beim Verkauf der Arbeitskraft, begrenzt »nur« durch die ökonomische Notwendigkeit, sie überhaupt zu verkaufen, um leben zu können, die Freiheit der Berufswahl – all dies wird tendenziell aufgehoben.

Das Kriegsministerium spricht die Wahrheit aus, daß im Imperialismus ein stets wachsender Teil der Arbeiterklasse überflüssig ist und eine Reservearmee bildet, die nur noch für den Krieg und durch den Krieg aufgezogen werden kann, und so will die Bundeswehr *»als wichtiger Arbeitgeber und bedeutsame Ausbildungseinrichtung ihren Teil zur Lösung der Arbeitsmarktproblematik beitragen«*.<sup>16</sup> Also wird nicht nur in den Arbeitsämtern Werbung für den Beruf eines Mörders in der imperialistischen Armee gemacht durch einen Kooperationsvertrag bzw. eine Rahmenvereinbarung mit der Bundesanstalt für Arbeit (BA) wie mit dem Berufsförderungsdienst (BFD), der in einem Pilotprojekt Arbeitsämter zur Rekrutierungsstelle von Söldnern degradiert. Was ist, wenn der Erwerbslose es ablehnt, zum Berufsmörder zu werden? Wird er dann gesperrt? (Dies wäre herauszufinden, am besten wohl weniger durch eine simple Anfrage beim Arbeitsamt als vielmehr durch einen konkreten Fall, in dem ein klassenbewußter Prolet diese Frage bis zum obersten Gericht durchficht.)

---

<sup>15</sup> Pressekonferenz von Kriegsminister Scharping und Klaus Zumwinkel, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Post AG, 17.5.00

<sup>16</sup> Bundeswehr und Wirtschaft, S. 9

Der Militarismus akquiriert auf Teufel komm raus. Es werden »*regional zivile Ausbildungsplätze akquiriert*«. <sup>17</sup> Auf diesen Plätzen hat der junge Arbeiter, der dachte, seine Arbeitskraft an einen Kapitalisten zu verkaufen, dann zwei Dienstherrn: den Kapitalisten und das Militär, denn: »*Die Auszubildenden werden während ihrer Ausbildung bis zur abschließenden Einstellung in die Streitkräfte durch die Bundeswehr betreut.*« <sup>18</sup> Diese Permanenz der Anwesenheit von Militaristen im Betrieb geht freilich nicht nur die jungen Arbeiter an. Es geht auch die Betriebsräte an, die vom Betriebsverfassungsgesetz auf das Wohl des Betriebes verpflichtet sind. Auch auf das Wohl der Streitkräfte? Das Kooperationsmodell »Partnerunternehmen – Bundeswehr«, das mit mehr als 1000 Betrieben geschlossen wurde auf der Grundlage eines Vertrages mit Industrie und Handwerk und das Betriebsvereinbarungen vorsieht, degradiert so die Betriebsräte direkt unmittelbar zum Lakaien der Militarisierung der Rechte der Arbeiter und Angestellten durch die Zustimmungspflichtigkeit zu diesen Vereinbarungen. Auch dann sind die Betriebsräte involviert, wenn sie diese Betriebsvereinbarungen gegen die Militarisierung ihrer Arbeiter, gegen die Militarisierung der bei ihnen Auszubildenden aufs Schärfste zurückweisen und ablehnen – was ihre verdammte Pflicht ist. Dies ist ein besonders bösertiger Schachzug gegen die Mitbestimmungsrechte der Arbeiterbewegung und ihrer Vertretung, der Betriebsräte.

Mit der Angst vor der Erwerbslosigkeit sollen junge Arbeiter ins Militär gelockt werden. Erwerbslosigkeit ist bekanntlich ein Zustand, der sich relativ leicht herstellen läßt. Es »*werden vorrangig Auszubildende angesprochen und für die Streitkräfte gewonnen, die im Anschluß an ihre Ausbildung nicht weiterbeschäftigt werden können.*« <sup>19</sup> Wie viele das sind und wer das ist, das entscheiden dann Militär und Wirtschaft in »partnerschaftlicher Kooperation«. So werden die Unterdrückten samt ihrer betrieblichen Interessensvertretung in den staatlichen Gewaltenapparat hineingezogen. So wird das Recht auf freie Berufswahl zur Farce. So wird die Freiwilligkeit (so ökonomisch eng begrenzt sie im Kapitalismus auch ist) durch den Zwang ersetzt. Und all dies geschieht ohne die Errichtung einer faschistischen Diktatur,

---

<sup>17</sup> Ebda. S. 11

<sup>18</sup> Ebda.

<sup>19</sup> Ebda.

sondern »allein« dadurch, daß die Volksgemeinschaft ernst macht und zur materiellen Tatsache in den Betrieben wird. Der Schrei nach »Arbeit um jeden Preis« wird im sterbenden Kapitalismus zum Ruf nach Kriegsproduktion, Kriegsvorbereitung, Kriegsdienst und Krieg.

Akquiriert werden aber nicht nur Ausbildungsplätze für künftige, sondern auch Arbeitsplätze für ausgediente Zeitsoldaten. Die Bundesanstalt für Arbeit wird mithelfen, »*arbeitssuchende Soldaten auf Arbeitsplätze der Wirtschaft und Verwaltung zu vermitteln. Hierzu werden freie Stellen akquiriert und den Soldaten auf Wunsch benannt.*«<sup>20</sup> Einem Teil dieser ausgeschiedenen Zeitsoldaten soll gar eine Existenz als Kleinbürger angetragen werden: in Kooperation mit verschiedenen Handwerkskammern (Hamburg, Koblenz, Frankfurt/Oder, Düsseldorf, Köln, Leipzig) sollen ehemalige Soldaten das Problem »Unternehmensnachfolge« im Handwerk lösen und Handwerksbetriebe zugeschoben bekommen. Dazu gründeten z.B. die Handwerkskammer Köln und die Wehrbereichsverwaltung III ein »Beratungszentrum Bundeswehr-Handwerk«.<sup>21</sup> Und die Handwerkskammer Hamburg schloß mit der Wehrbereichsverwaltung I eine Kooperationsvereinbarung zu diesem Zweck, nicht ohne sich der »langjährigen und vielfältigen Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und Handwerkskammer« zu rühmen.<sup>22</sup> (Wir erinnern uns, daß im Rom der Sklavenhalter dem ausgeschiedenen Legionär ein Stückchen Land zugeteilt wurde, meist eines, das er in seiner aktiven Dienstzeit zu erobern geholfen hatte.)

Nicht nur das Recht auf freie Berufswahl verschwindet so im Orkus, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung folgt ihm nach in dieser Gemengelage von Berufsausbildung und Requirierung für das Militär. Was freilich nur offen vor Augen führt, was das klassenbewußte Proletariat schon immer wußte: daß weder die individuelle Verweigerung des Kriegsdiensts noch der Pazifismus ein Ausweg aus Imperialismus und Militarisierung ist. Daß nur der Kampf gegen den Imperialismus selbst, gegen das System der Lohnarbeit insgesamt den Arbeiter davor bewahren kann, in Militarismus und Krieg zu sterben oder zum Mörder an anderen Völkern zu werden.

---

<sup>20</sup> Ebda., S. 13

<sup>21</sup> [www.handwerkskammer-koeln.de/aktuellpro32000.html](http://www.handwerkskammer-koeln.de/aktuellpro32000.html)

<sup>22</sup> Homepage der Handwerkskammer Hamburg, Pressemitteilung

Weitgehend unbemerkt und unter tiefster Geheimhaltung selbst gegenüber dem bürgerlichen Parlament (aber aufgedeckt durch aktive Kollegen, z.B. ÖTV-Kollegen in Baden-Württemberg) unterwirft der Militarismus sich einen besonderen Bereich der Gesellschaft gerade in einem Ausmaß, das schwerwiegende Folgen für Leben und Gesundheit des ganzen Volkes haben kann und wird: in Verträgen zwischen öffentlichen Krankenhäusern und der Bundeswehr wird das Gesundheitswesen in den Dienst des Militarismus gestellt. Nach einem »Mustervertrag über die Grundsätze einer Zusammenarbeit zwischen einem zivilen Krankenhaus und einer Reservelazarettgruppe der Bundeswehr«<sup>23</sup> sollen jeweils ein oder mehrere leistungsstarke Krankenhäuser vertraglich an eine der 56 Reservelazarettgruppen der Bundeswehr gebunden werden. So will das Militär die Zahl seiner zur Verfügung stehenden Lazarettplätze um bis zu 56000 erhöhen – eine Zahl, die für sich genommen schon beweist, daß es mit Kriegen in mit dem Krieg gegen Jugoslawien nicht vergleichbaren Größenordnungen rechnet.

Diese Krankenhäuser werden geködert damit, daß ihnen klinisches Gerät der Bundeswehr kostenlos zur Verfügung gestellt wird. Sie zahlen einen hohen Preis dafür.

Sie müssen Militärärzte ausbilden und Soldaten, die eine Ausbildung als medizinisches Hilfspersonal haben, im Training halten – Personal, das im Ernst-, also Kriegsfall binnen sechs Stunden abgezogen werden kann<sup>24</sup> und dann selbstverständlich für die öffentliche Gesundheitsversorgung nicht mehr zur Verfügung steht.

In einzelnen Kooperationsverträgen zwischen Bundeswehr und Krankenhäusern müssen letztere sich bereit erklären, im Kriegsfall bis zu 1000 zusätzliche Kampfpfer aufzunehmen. Sie sollen, so sieht es etwa der Kooperationsvertrag zwischen dem Sanitätsdienst der Bundeswehr und dem Städtischen Klinikum Karlsruhe vor, bei »Personalengpässen« in Bundes-

---

<sup>23</sup> Abrufbar im Internet unter [www.bundeswehr.de/aufbau/mustervertrag.html](http://www.bundeswehr.de/aufbau/mustervertrag.html). Der genaue Titel lautet: »Mustervertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundesminister der Verteidigung, dieser wiederum vertreten durch den Präsidenten der Wehrbereichsverwaltung ... (Ort), (Straße, Nr.), – im folgenden Bundeswehr genannt – und dem (Krankenhausträger), (Ort, Straße, Nr.), vertreten durch ... – im folgenden Krankenhaus genannt – über die Zusammenarbeit der Reservelazarettgruppe ... mit dem Krankenhaus...«. Wer noch angesichts der offenkundigen Wirklichkeit der Militarisierung darauf bestehen möchte, daß nichts so heiß gegessen wie gekocht werde, der soll sich diesen Vertrag durchlesen: Da wird der Ernstfall organisiert, und zwar nicht für eine ferne, sondern für eine sehr nahe Zukunft!

<sup>24</sup> Siehe »Mustervertrag...«, § 11

wehrkrankenhäusern dorthin Personal abstellen. Und dies auch ins Ausland und in Uniform.<sup>25</sup> Zwar spricht man nach heftigen Protesten der Karlsruher ÖTV-Kollegen nun von »Freiwilligkeit«, aber die Bundeswehr bleibt hart. Wie die ÖTV Karlsruhe mitteilt »wird angestrebt, Arbeitsverträge so zu gestalten, daß einem Einsatz in einem Bundeswehrkrankenhaus nicht widersprochen werden kann.«<sup>26</sup>

Unsere Gewerkschaften sind – noch – keine Waffe im Kampf gegen diese Wirklichkeit der militaristischen Durchdringung der ganzen Gesellschaft. Im Gegenteil: mit ihrer Bereitschaft zur Einbindung darein haben sie sich und hat sich insbesondere der DGB weiter auf dem abschüssigen Weg voranbegeben, auf dem sie seit Jahren sind: von der Neutralität gegenüber dem Militarismus über die Tolerierung des Militarismus hin zur Kooperation mit ihm. Auf diesem Weg gibt es nur noch einen, dann allerdings todbringenden Schritt: den offenen Aufruf zu Vaterlandsverteidigung und Krieg.

Zwei Mitgliedsorganisationen der geplanten »Dienstleistungsgewerkschaft« ver.di haben die »Grundsätze für die Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften und Verbänden sowie dem Bundesministerium der Verteidigung im Rahmen der Modernisierung der Wehrverwaltung des Bundes«<sup>27</sup> bereits unterschrieben: Herbert Mai für die ÖTV und Christian Zahn für die DAG. »Die Vereinbarung gibt den Weg frei für eine neue richtungsweisende Kooperation des Verteidigungsministeriums mit den Gewerkschaften und Interessensverbänden der zivilen Beschäftigten der Bundeswehrverwaltung... Im Wege einer engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit soll die Unterrichtung der Gewerkschaften bereits bei der Entwicklung neuer Konzepte einsetzen. Die frühzeitige und umfassende Information und Einbindung bei der Schaffung einer modernen Verwaltungsstruktur ist dabei ein vorrangiges Ziel.«<sup>28</sup> Die Losung der Arbeiterbewegung »Krieg dem Krieg« wird hier von den Vorreitern in den Gewerkschaften zu der praktischen Konsequenz geführt, Kriegsdienst für die

<sup>25</sup> Friedensbündnis Karlsruhe: Krankenhaus + Bundeswehr = Handlanger für den nächsten Krieg? labournet, 2.2.2000

<sup>26</sup> Lothar Galow-Bergemann: Wie das öffentliche Gesundheitswesen für die deutsche Kriegsführung tauglich gemacht werden soll und die Bundeswehr dabei noch Geld sparen will. labournet, 28.1.00

<sup>27</sup> Abgedruckt in »Bundeswehr und Wirtschaft«, S. 33/34

<sup>28</sup> Stellungnahme zur Grundsatzvereinbarung: ... Zusammenarbeit mit Gewerkschaften...

Herrschenden zu leisten, statt, wie es Teile der Basis fordern: »Wir sind keine Kriegsdienstleistungsgewerkschaft« – das haben ÖTV-Kollegen und Kollegen der IG Medien im Frühjahr dieses Jahres auf ihre Transparente geschrieben. Es ist hoch an der Zeit, diese Losung wieder hervorzuholen und mit Leben zu erfüllen. Und in Gewerkschaften wie der IG Medien könnte das ein Anlaß sein, angesichts der ÖTV-Unterschrift unter die Kooperation mit den Militaristen dem vorhandenen, sich bis jetzt aber nur in dumpfem Grollen äußernden Unbehagen der geplanten Etablierung von ver.di gegenüber einen politischen und klassenbewußten Inhalt zu geben.

Postkollegen z.B. könnten einiges tun, die Unwissenheit gegenüber diesem Militärprogramm zu beenden, indem sie – etwa die Post in Uniform und mit Stahlhelm austragend – auf die Kooperation der deutschen Post AG mit dem Kriegsministerium (siehe oben) hinweisen und dagegen protestieren.

Und in den Betrieben, in die der Militarismus, wie gezeigt, seinen Fuß setzt, muß geprüft werden, Unterschriften gegen diese Militarisierung von Staat und Gesellschaft zu sammeln – wobei es zunächst relativ unbedeutend ist, ob diese Unterschriften erst einmal nur von einer Minderheit der Arbeiter abgegeben werden. Entscheidend ist Aufklärung, Mobilisierung und Formierung der Kollegen.

Und nicht zuletzt ist es Aufgabe der klassenbewußten Jungarbeiter, ihre Klassengenossen im Rahmen der Kampagne »Her mit dem schöneren Leben« über diese ihre geplante Zukunft aufzuklären und sie dagegen zusammenzuschließen.

Ein nicht zu unterschätzender Nebenaspekt dieser Militarisierung von Staat und Gesellschaft ist folgender: In den 2+4-Verhandlungen zu den »äußeren Aspekten der deutschen Einheit« hat die BRD sich auf eine Obergrenze ihrer Streitkräfte von 370.000 Mann festgelegt. Nicht nur, daß die deutschen Militaristen inzwischen ungeniert von einer »Aufwuchsstärke« im Kriegsfall von 680.000 bis 700.000 Mann reden – durch die geschilderten Maßnahmen der Unterstellung immer größerer Teile der werk-tätigen Bevölkerung unter die Kriegsmaschinerie des deutschen Imperialismus schaffen sie eine indirekte Vergrößerung der unmittelbar oder mittelbar vom Kriegsministerium oder dem in der Schlußphase des Auf-

baus befindlichen Generalstab (der übrigens vom Potsdamer Abkommen als für immer aufgelöst erklärt worden war) unterstellten Menschen. Und dies muß nicht nur das Territorium der BRD selbst betreffen. Mit diesen Kräften können auch über die zahllosen wirtschaftlichen wie militärischen Kooperationsabkommen der letzten Jahre, insbesondere mit den Staaten Osteuropas, andere Länder schon in Friedenszeiten wirksam infiltriert werden.

*Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD  
– Zentralkomitee –*

- **Allianz der Völker gegen Deutschland**
- **»Globalisierung« und »Neoliberalismus«**  
Der Kapitalismus erlebt keinen neuen Frühling –  
er stirbt unweigerlich
- **Zum Eintritt in die letzte Stufe der »Europäischen  
Wirtschafts- und Währungsunion« (EWWU) und  
zur Einführung der »Europäischen Einheitswäh-  
rung« (Euro)**
- **Krieg gegen Jugoslawien –  
oder: Ein deutscher Frieden**
- **Die Chance nutzen, bevor es vielleicht zu spät ist**
- **Die Ausplünderung der Werktätigen –  
oder: Die Staatsverschuldung**
- **Balkankonferenzen und Protektoratserklärungen**
- **Nicht begraben sein, möchte ich hier**
- **Eine Bitte an die Völker Europas**  
Liegt Troja unterm Kurfürstendamm?
- **110 Jahre Ho Chi Minh**
- **Militarisierung in Staat und Gesellschaft**